

# DEUTSCHE **POLIZEI**

FEBRUAR 2014 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



## ***Gewalteskalation in Hamburg***

***Massive Angriffe auf Polizei***

# Nützliches rund um die POLIZEI

Aus unserem OSG-Werbemittelsortiment bieten wir aktuell, nützliches und witziges rund um die Polizei. Produkte z.T. mit exklusiver GdP-Gestaltung, die es nur für die Gewerkschaft der Polizei gibt.

## Polizei-Gummi-Ente

Design by LiLaLu Aachen. Material: PVC.  
Format: ca. 9 x 8 x 7 cm.



**LiLaLu**  
AACHEN  
...macht die Welt schöner

		VK-Preis für Mitglieder	VK-Preis
Bereitschaftspolizei	02-0807	3,15 €	3,95 €
Polizistin	02-0806		
Verkehrspolizei	02-0808		
Polizist	02-0805		

## Plüschkäfer "Polizei"

Mit LED Blaulicht, Soundchip "Martinshorn" und Karabiner.  
Format: ca. 8 x 6,5 x 5 cm.



02-0809	
VK-Preis für Mitglieder	VK-Preis
4,50 €	5,95 €



## Spardose "Polizeikäfer"

Keramik Spardose mit erhabener Struktur und Silikonverschluss am Boden.  
Format: ca. 12 x 8,5 cm.

14-0800	
VK-Preis für Mitglieder	VK-Preis
11,95 €	14,95 €



## Kaffebecher „Polizei“

Keramik-Becher Exklusiv mit P-Förmigem Henkel und Reliefschrift „POLIZEI“.  
Format: ca. 9,5 x Ø 8 cm.

		VK-Preis für Mitglieder	VK-Preis
Blau	14-0802	6,25 €	7,85 €
Grün	14-0801		

Weitere Produkte finden Sie unter: [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de),  
oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: - 4165 • [osg.werbemittel@gdp.de](mailto:osg.werbemittel@gdp.de) • [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)

## DESIGNERDROGEN



Foto: Fredrik von Erlanson/dpa

... „Dem Bundeskriminalamt (BKA) sind bisher mehrere hundert Sachverhalte aus ganz Deutschland bekannt, bei denen es im Zusammenhang mit dem Konsum von verschiedenen Legal-High-Produkten zu teilweise schweren, mitunter lebensgefährlichen Intoxikationen kam“, erläutert Marion Gradowski. Die Kriminaldirektorin ist für das Referat SO22 im BKA zuständig. ...  
**Seite 21**

## POLIZEIAUSBILDUNG



Foto: DHPol

... „Die GdP ist davon überzeugt, dass eine zentrale Bildungseinrichtung der Länder und des Bundes zur Qualifizierung der Beamtinnen und Beamten des höheren Polizeidienstes in einer Zeit des vernetzten Zusammenarbeitens unentbehrlich ist“ ...  
**Seite 9**

## SCHÖNEBERGER FORUM



Foto: Simone M. Neumann

... Angesichts einer verfehlten Personalpolitik sei es oftmals versäumt worden, rechtzeitig Personal zu gewinnen, um den politisch definierten Aufgaben in der Bildung, der öffentlichen Sicherheit, aber auch den bürgernahen Dienstleistungen in den Kommunen auch in Zukunft gerecht werden zu können. Während die Privatwirtschaft geeignetes Personal „mit dem Kescher“ einfange, sitze der öffentliche Dienst „mit der Angel“ da, so Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender ...  
**Seite 16**

# INHALT

# Februar 2014

- 2 KOMMENTAR** Kein Weg zurück
- 2/36 FORUM**
- 4 TITEL/GEWALT GEGEN POLIZEI** Brutale Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte in Hamburg
- 9 POLIZEIAUSBILDUNG** GdP erarbeitet Grundsätze zur Weiterentwicklung der DHPol
- 14 VERKEHRSGERICHTSTAG** Bessere Ursachenforschung bei Verkehrsunfällen
- 16 SCHÖNEBERGER FORUM** Experten sehen akuten Reforbedarf im öffentlichen Dienst
- 19 SPORT** Mecklenburger Seenrunde 2014
- 20 ZOLL** Zigarettenschmuggel im Visier – OK-Fachtagung von Polizei, Justiz und Zoll in Wildbad Kreuth
- 21 DESIGNERDROGEN** Badesalz als Rauschgift
- 27** „Psychonauten“ und „Kiffer 2.0“
- 29** „Es ist wichtig, Konsummuster und Konsummotive zu verstehen“
- 33 GESPRÄCHE** Trend zum Misstrauen in den Rechtsstaat nicht unterstützen
- 34** Kompetente Gesprächspartnerin: Polizistin kümmert sich bei den Grünen um die Innen- und Sicherheitspolitik  
Verbesserungen für die Bundespolizei nicht im Koalitionsvertrag, aber auch nicht vom Tisch
- 35 TARIFPOLITIK** Stand der Verhandlungen zur Entgeltordnung VKA
- 36 BUNDESKONGRESS-TICKER** Senioren starten in das Bundeskongressjahr
- 36 RECHT**
- 39 SENIOREN** Auf ein Wort
- 40 BÜCHER/IMPRESSUM**



## Kein Weg zurück

Die Bemühungen der Gewerkschaft der Polizei, die ehemalige Polizeiführungsakademie (PFA) zu einer Universität weiterzuentwickeln, war von der Überzeugung geleitet, den Nachwuchs für das Topmanagement der Polizei auf dem gleich hohen Niveau auszubilden, wie die Führungskräfte in der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen

Bereichen, um den Ansprüchen des polizeilichen Aufgabenspektrums gerecht zu werden. In der Entscheidung des Wissenschaftsrates zur Akkreditierung der im Jahr 2005 gegründeten Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) bis 2017 sieht die GdP einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklung dieser

Polizeiuniversität.

Die Akkreditierung bedeutet ein anerkanntes Qualitätssiegel der Aus- und Fortbildung des Höheren Dienstes der Polizei. Sie ist Bestätigung der bisherigen Bemühungen und Verpflichtung, darin nicht nachzulassen. Das bedeutet insbesondere, dass sich die Träger der DHPol, dies sind die Länder und der Bund, bei aller berechtigten Freude über die positive Entwicklung der vergangenen Jahre nicht zurücklehnen dürfen.

Aus diesem Grunde hat die GdP ein Grundsatzpapier zur Weiterentwicklung der DHPol erarbeitet und der Innenministerkonferenz mit der Aufforderung übergeben, den sich aus der Entscheidung des Wissenschaftsrates ergebenden Handlungsbedarf anzunehmen. Das Papier der GdP war entscheidend dafür, dass die IMK in ihrer Sitzung im Dezember 2013 intensiv beraten und beschlossen hat, den Empfehlungen des Wissenschaftsrates weitgehend zu folgen. Damit konnte die GdP die Einrichtung einer weiteren Professur auf den Weg bringen. Leider konnte die IMK sich noch nicht dazu durchringen, der DHPol Mittel für

die Sicherheitsforschung bereits jetzt bereitzustellen und sie finanziell abzusichern. Dies ist aus Sicht der GdP aber zwingend erforderlich. Die DHPol kann ihren Status als wissenschaftliche Hochschule nur dann erhalten, wenn sie sich wesentlich weiterentwickelt. Die Entscheidung der Akkreditierung bis 2017 ist somit auch eine Zeit der Bewährung. Entweder die DHPol engagiert sich weiter, oder sie steht vor dem Aus. Das wäre ein fatales und unverantwortliches Signal sowohl in die Polizei, als auch in die Gesellschaft und würde die anspruchsvolle Polizeiarbeit, die tagtäglich von unseren Kolleginnen und Kollegen geleistet wird, nicht nur diskreditieren, sondern in Zukunft auch erschweren. Der Anspruch der DHPol „die Polizeiwissenschaft durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung zu pflegen und zu entwickeln“, ist zur Bewältigung der immer komplexer werdenden polizeilichen Aufgabenstellung unbedingt zu erfüllen. Die gesellschaftliche Anforderung an eine moderne, professionelle Polizei wächst ständig. Die Polizei benötigt eine Denkfabrik, die im Zusammenspiel mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen auch einen polizeipraktischen Mehrwert erbringt. Die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erfordern immer wieder neue Fragestellungen und Lösungsansätze und eine ständige Evaluation der eigenen Tätigkeit. Die hohe öffentliche Aufmerksamkeit für polizeiliches Handeln verlangt von unseren Führungskräften eine fundierte Kommunikation sowohl mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, als auch mit Politik und Öffentlichkeit. Die Gewerkschaft der Polizei wird den weiteren Weg der DHPol zu einer Universität für die Polizei weiter konstruktiv begleiten.



Arnold Plickert  
stellv. GdP-Bundesvorsitzender

### Zu: Leserbrief zu „Nein zu Gewalt an Frauen“, DP 1/14

Die Leserbriefe der Kollegen Bernd Homann und Werner Schumann unterstreiche ich voll. Vor allem die Meinung des Kollegen Homann schlägt bei mir ein großes Scheunentor auf! Dass die häusliche Gewalt durch nichts entschuldigt werden kann, bedarf keinerlei Betonung. Mir erscheint allerdings die Stellungnahme des Bundesfrauenvorstandes doch sehr parteiisch, was ich ja verstehen kann. Man sollte aber von so einem Gremium mehr Objektivität verlangen können. Ich bin kein Macho, möchte aber doch feststellen, dass ich den Eindruck habe, dass sich bestimmte Frauencharaktere gerne als Opfer sehen. Ich erlaube mir diese Vermutung nach meiner 20-jährigen Tätigkeit bei der bekannten Münchner Funkstreife. Genauso, wie sich gequälte Männer in aller Regel scheuen, Anzeige zu erstatten, gibt es nicht wenige Frauen, die ihre Männer oder Lebenspartner durch Anzeigen bloßstellen oder sich auf unterschiedliche Weise vermeintliche Vorteile verschiedener Art erhoffen.

Also, liebe Kolleginnen des Bundesfrauenausschusses: bitte mehr Objektivität, auch im Interesse unserer Gewerkschaft. Damit kommt auch mehr Glaubwürdigkeit für unsere Arbeit heraus!!!

Dieter Brücklmayer,  
ehemaliger Sekretär im LB Bayern

## Debatte hält an ...

**Der Zustrom an Lesermeinungen nach Tania Kambouris Leserbrief (DP 11/2013) und der Zusammenfassung dazu eingegangener Äußerungen „Aus der Seele geschrieben“, DP 1/2014, reißt nicht ab. Die Debatte wird facettenreicher und kritischer:**

### Zu: „Aus der Seele geschrieben“, DP 1/14

Ich habe mich über die Darstellung der „Debatte“ geärgert. Mich ärgert, dass eine Gewerkschaft solch populistische Argumente mit dem Geruch rechtsradikalen Gedankenguts druckt



und sich die Redaktion nicht davon distanziert. Im Gegenteil, man stellt es als sachliche Diskussion dar. Hier fehlt es aber schon an einer gegenteiligen Meinung, so dass man von einer Debatte gar nicht reden kann. Ich möchte kurz einige Zitate in Erinnerung rufen: „Machomuslim“, „Straffälligen Ausländern werden hier in Deutschland alle Freiheiten belassen“, „keiner habe den Mut etwas zu sagen oder die Zustände zu beklagen“, „love it or leave it“, „Kuschelkurs mit schon krankhaften Zügen“, „zero tolerance“ ...

1. Was bitte soll mir „Machomuslim“ sagen? Die Griechen, die jüngst auf die Residenz des deutschen Botschafters in Athen geschossen haben, sind das Christ-Terroristen? Der deutsche Bandido-Rocker, der nach der Taufe seiner Nichte aus der Kirche kam und bei einer anschließenden Verkehrskontrolle Widerstand leistete, war dies ein Christ-Rocker? Der deutsche Fußballfan der Kategorie C, der sonntags in die Kirche geht und samstags einen Polizisten schlägt, ist das ein Christ-Macho-Fußballfan?

Wieso kann man hier nicht das patriarchalische Weltbild des Machos aus dem arabischen Kulturraum in den Vordergrund stellen, ohne die Religion zu benennen, die keine Rolle für diese patriarchalischen Charaktere spielt. Es ist dort ein kulturelles Problem. Wäre dieser Araber ein bekennender Christ, wäre er nicht weniger Macho. Bestes Beispiel, jetzt ganz aktuell, wo Ariel Scharon gestorben ist, unter dessen „Aufsicht“ christliche Libanesen 1982 unter den islamischen Palästinensern in den Flüchtlingslagern bestialische Massaker (Folter, Vergewaltigung, Verstümmelungen und Morde) verübten. Haben sie diese Massaker an hilflosen Flüchtlingen verübt, weil sie Christen waren? Jeder dieser Machomuslims würde, wenn er Christ wäre, genauso ein Macho sein. Er würde die Rechtfertigung aus den bestialischen Kapiteln der Bibel zitieren (die es dort genauso wie im Koran gibt), um sich zu rechtfertigen ... Die Jungs wachsen im Nahen Osten nun mal so auf. Ob die Christen dort oder die Moslems.

2. Was bitte sollen diese unsachlichen Bemerkungen, dass „endlich jemand Klartext redet“ oder dass sich ja sonst „keiner traut etwas zu sagen“ oder dass es einen „Kuschelkurs“ gäbe?

Kurz mal in Erinnerung gerufen:

„Wer betrügt, der fliegt“, „Kinder statt Inder“, „Sarazins Buch“, „Das Boot ist voll“, und und und ... Ich könnte lange so weiter machen. Tue doch keiner so, als ob dieses Thema in Deutschland nicht diskutiert werden würde. Schon seit Jahren und in allen Medien. Es bleibt einfach ein armseliger Eindruck zurück, wenn Polizisten dann so tun, als ob jetzt „endlich“ mal die Kollegin Tania K. was sagt, was man ja wohl auch mal sagen dürfen muss.

3. Mir tun viele der Polizisten leid, deren Weltbild sich auf den Alltag rund um den Notruf in den Problemvierteln der Ballungsräume fokussiert. Sie erkennen nicht mehr, dass die Welt um sie herum eine andere Wirklichkeit hat. Wir gehen mit großen Schritten auf ein gemeinsames Europa zu. Unsere Völker mischen sich ethnisch immer mehr (durch Heirat und Kinder), durch unsere Wirtschaftspolitik gibt es immer mehr Elend auf der Welt, so dass es auch immer mehr Elendsflüchtlinge gibt. Die damit verbundenen Probleme der fehlschlagenden Integration wird man niemals mit mehr oder schärferen Sanktionen aus der Welt kriegen. Hier hilft nur eine bessere Politik, die die Probleme ehrlicher mit dem Bürger diskutiert und Gelder für Prävention locker macht.

Nach dem 11. September haben die USA der Welt eine neue Strategie vorgegeben. Und plötzlich, so als ob diese Menschen erst danach in unser Land gekommen wären, haben wir den „Islam“, die „Moslems“ bei uns wahrgenommen. Plötzlich gab es „Machomoslems“. Hören wir doch auf damit, der US-Politiksprache blind zu folgen. Uns wird das „Teilen“ nicht weiterhelfen, sondern nur das Integrieren. Ich wünsche mir eine sachliche Debatte, mit Argumenten, die nicht unterschwellig Hass schüren.

**Name der Redaktion bekannt,  
per E-Mail**



Als Nicht-Polizist habe ich zufällig in Ihrer Zeitschrift – Ausgabe Januar 2014 – den Artikel „Debatte – Aus der Seele geschrieben“ lesen können. Ich möchte Ihnen auf diesem Wege für den mutigen Anstoß einer wichtigen Diskussion, welche noch viel zu oft

kleingeredet wird, danken und hoffe und wünsche Ihnen, dass Sie mit Ihren Ansinnen gegenüber der Politik durchdringen werden. Es nützt niemandem, gerade auch unseren zugewanderten Mitbürgern am wenigsten, wenn aus falsch verstandener Rücksicht oder Resignation unser geltendes Recht nicht durchgesetzt wird. Erschüttert hat mich, dass Polizisten auf Anzeigen verzichten, da eine solche wohl angeblich nichts bringe und nur Ärger verursache. Da wird letztlich der Rechtsstaat mit Füßen getreten. Dass dies natürlich auch nur geschieht, weil die Realität dies so gebietet, ist umso erschreckender. Ob ich in einer vergleichbaren Situation auch mit einem Verzicht auf eine Anzeige rechnen dürfte? Wohl kaum.

**Torsten Eckert, Halle/Saale**



Ich bin ein Polizeibeamter aus Hessen und habe lange mit mir gerungen, ob ich meine Gedanken zum Leserbrief der Kollegin Kambouri aus Bochum zu Papier bringen soll. Bisher davon abgehalten hat mich der Gedanke, mit dem ich gleich – weiter unten – meine Zeilen abschließen werde.

Wie wohl so viele andere Kollegen habe ich beim Lesen des Briefes der Kollegin auch gedacht: „Endlich mal jemand, der das ausspricht“. Eigentlich kenne ich keinen Kollegen, der in den letzten Jahren NICHT ähnliche Erfahrungen gemacht hat. Auch ich sehe

**Fortsetzung auf Seite 36**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**



# Brutale Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte in Hamburg

## GdP-Bundesvorsitzender fordert von Politik Maßnahmen zum besseren Schutz der Einsatzkräfte

**Die gewaltsamen Ausschreitungen, verbunden mit massiven Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten über den Jahreswechsel in Hamburg haben die Republik aufgeschreckt. Doch auch in Berlin und anderswo in Deutschland werden zunehmend zielgerichtete Attacken auf Einsatzkräfte registriert. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) verfolgt mit Sorge diese sich abzeichnende Eskalation der Gewalt gegen ihre Kolleginnen und Kollegen bei alltäglichen Einsätzen. Das Bundeskriminalamt (BKA) warnte derweil in einer vertraulichen Lagebewertung vor weiteren Angriffen mutmaßlicher Linksradikaler auf Polizisten.**

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte nach den Vorfällen in Hamburg: „Ich bin erschüttert, mit welchem Hass politische Extremisten in Deutschland nach dem Leben meiner

Kolleginnen und Kollegen trachten. Trügen sie keine kiloschwere Schutzkleidung, müssten wir mittlerweile bei solchen Einsätzen mit Toten rechnen.“ Er verurteilte die Zerstörungen und die

brutalen Übergriffe auf Polizeibeamte durch Tausende militanter Gewalttäter als einen schweren Missbrauch des Demonstrationsrechts. „Was in Hamburg passiert ist, hat mit der Wahrnehmung des Rechts auf Demonstrationen nichts zu tun. Der Polizei vorzuwerfen, dass sie sich mit Einsatzmitteln gegen diese brutale Gewalt wehrt, ist zynisch. Wo sind die Stimmen aller politischer Verantwortlichen, die diese Gewalt ächten? 120 zum Teil schwer verletzte Polizisten – so geht es nicht weiter!“

Der GdP-Chef betonte: „Die Täter greifen nicht nur die Polizei an, sondern den Staat, der sich selbstver-



ständig wehrhaft zeigen muss.“ Es könne nicht sein, dass Polizeibeamtinnen und -beamte täglich für ungelöste politische Probleme ihre Haut zu Markte tragen müssten. Malchow: „Die Gesundheit und das Leben der Polizisten ist einigen in unserer Gesellschaft offenbar nicht viel wert.“ Er forderte alle demokratischen Parteien auf, sich zur rechtsstaatlichen Aufgabe der Polizei zu bekennen und Maßnahmen zum besseren Schutz der Beamtinnen und Beamten zu treffen.

### Solidaritätsaktion für die Polizei

Nach den Vorfällen an der Polizeiwache auf St. Pauli bekundeten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Solidarität mit der Hamburger Polizei und standen mit den Kolleginnen und Kollegen Seite an Seite auf dem Rathausmarkt, darunter auch der Erste Bürgermeister der Stadt, Olaf Scholz. Zehntausende Einwohner stellten sich auf der Facebook-Seite „Solidarität mit den Beamtinnen und Beamten der Davidwache“ auf die Seite der Polizei!

Der GdP-Landesvorsitzende Gerhard Kirsch dankte allen Hamburgerinnen und Hamburger für ihre Solidarität und für die große Unterstützung! Er betonte: „Eine derartige Eskalation von Gewalt hat nicht nur in unserer Stadt keinen Platz. Gewalt ist nirgends ein Mittel, weder um politische Meinungen noch um Forderungen durchzusetzen, wir fordern deshalb den kreativen und gewaltfreien Austausch in der politischen Diskussion.“ An die Politik gerichtet machte er zugleich deutlich, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht nur „warme Worte“ erwarteten, sondern Berufsperspektiven.

Nach Einschätzung des Chefs des Hamburger Verfassungsschutzes Manfred Murck, war am 21. Dezem-



Spur der Zerstörung: Wurfgeschosse verschiedenster Art in der Nähe der sogenannten Roten Flora.  
Foto: Malte Christians/dpa

ber 2013 die größte Demonstration der gewaltbereiten linksextremistischen Szene in Hamburg in den vergangenen 25 Jahren.

### Offenbar Zusammenhang mit Angriffen auf Polizisten in anderen Bundesländern

Von den rund 7.000 Teilnehmern seien etwa 4.000 gewaltorientierte Extremisten gewesen. Murck sagte dem „Hamburger Abendblatt“: „Das sind deutlich mehr, als Hamburg überhaupt hat. Insgesamt zählen wir hier knapp 1.200 Linksextremisten, gut die Hälfte davon ist gewaltorientiert. Wir gehen davon aus, dass zur Demonstration rund 2.000 Linksextremisten aus ganz

Deutschland, einige auch aus dem Ausland, angereist sind.“

Nach einem Medienbericht warnte unterdessen das Bundeskriminalamt (BKA) in einer vertraulichen Lagebewertung vor weiteren Angriffen von mutmaßlichen Linksradikalen auf Polizisten. Wie „Spiegel online“ weiter berichtete, kommt das BKA generell zu der Einschätzung, dass Gewalt von entsprechenden Tätergruppen „teilweise hemmungslos, offenbar mit dem Ziel nachhaltiger Körperverletzungen, ausgeübt“ werde. Zugleich wird dem Papier zufolge ein Zusammenhang zwischen der Eskalation in Hamburg und Angriffen auf Polizisten in anderen Bundesländern hergestellt. Auf dem Gelände der Bundespolizei Göttingen war am 25. Dezember 2013 eine „Unkonventionelle Spreng- und

### Leserbrief zu: Krawalle in Hamburg

*Polizeibeamte erleiden schwerste, körperliche Schäden – Politiker haben verbale Abscheu, milde Urteile, Endlosdebatten – Gewerkschaften sollten endlich handeln. Nun ist es endlich an der Zeit: Unsere Gewerkschaft GdP und die zwei Interessengemeinschaften, Polizeibeamtengewerkschaft und Bund Deutscher Kriminalbeamter sollten sich endlich zusammenschließen. Einigkeit*

*macht stark. Ich bin seit 54 Jahren Mitglied in der Gewerkschaft und habe miterlebt, wenn die Gewerkschaft mit den sogenannten „Gewerkschaften“ im Streit waren. Der lachende Dritte war der Politiker, der wartete bis die „Kampfhähne“ sich zerfleischt hatten.*

*In der Innensicherheit ist es zurzeit schon nach Zwölf. Das Kind ist ertrunken, Wiederbelebung unmöglich. Sind*

*RAF-Zeit, Frankfurter „Putzgruppen, St.Pauli Hafenstr. 10, Gorleben, Startbahn West! (zwei erschossene Kollegen, aufgeklärt?), PKW-Brände usw. schon vergessen. Ja, Aufschrift des Entsetzens – mehr nicht?! Denken wir darüber nach: Ein Zusammenschluss ist doch besser oder?*

Eberhard Sussiek, per E-Mail



Brandvorrichtung (USBV)“ entdeckt worden. Der Sprengsatz war in einer handelsüblichen Plastiktüte verstaubt. Nach den Ermittlungen des Zentralen Kriminaldienstes der Polizei Göttingen handelt es sich um einen aus mehreren Bauteilen zusammengesetzten Sprengsatz, bei dem unter anderem auch handelsübliche Gaskartuschen verwendet wurden. Obwohl ein Bekenner schreiben nicht vorliegt, schließt die Polizei eine politisch motivierte Tat nicht aus.

In Köln erlitt ein Beamter Augen- und Hautreizungen, weil auf den Türgriff seines Streifenwagens eine ätzende Flüssigkeit aufgebracht worden war. Nach Angaben der örtlichen Polizei handelte es sich dabei um ein Insektenspray. Auch die Attacke auf die David-Polizeiwache eine Woche nach den gewalttätigen Ausschreitungen im Schanzenviertel im Dezember zeige, dass „anlassunabhängig und mit zeitlichem Verzug vergleichbare Nachahmertaten und Solidaritätsaktionen“

wahrscheinlich seien, so hieß es in dem BKA-Bericht weiter.

### Gezielte Steinwürfe auf fahrende Polizeiautos in Berlin

In Berlin wurden in der Silvesternacht im Einsatz befindliche Polizeifahrzeuge zum Teil heftig attackiert. So beschossen Randalierer am Potsdamer Platz aus einer Gruppe von 60 bis 80 Personen vorbeifahrende Autos mit Feuerwerkskörpern und entleerten Feuerlöscher aus den umliegenden Wohnhäusern. Als ein alarmierter Funkwagen vor Ort eintraf, wurde dieser beworfen. Später griffen im Berliner Bezirk Kreuzberg Gewalttäter einen Einsatzwagen der Polizei so massiv mit Pflastersteinen an, dass die Fenster des Fahrzeuges zum Teil durchschlagen wurden und ein Polizist leicht verletzt wurde. Ein paar Straßen weiter bewarfen Unbekannte einen

vorbeifahrenden Einsatzwagen ebenfalls mit Steinen und flüchteten. Die Beamten, die mit Blaulicht unterwegs waren, wurden nicht verletzt. Ob diese Vorfälle einen politischen Hintergrund hatten, blieb unklar.

Nach den Gewaltausbrüchen in Hamburg erwartet der Verfassungsschutz in Bund und Ländern laut „Focus“ weitere Attacken linksradikaler Gewalttäter. Demnach ist mit Gewaltaktionen zu rechnen, die zum 1. Mai in Berlin den Höhepunkt erreichen könnten. Den Chef des Berliner Verfassungsschutzes, Bernd Palenda, zitierte das Nachrichtenmagazin mit den Worten, „Aufrufe zu Solidaritätskundgebungen“ deuteten darauf hin, „nach Hamburg auch in Berlin die Stimmung anzuheizen“. Im Berliner „Tagesspiegel“ erklärte Palenda, „die linksextreme Szene in Berlin ist derzeit stark in Bewegung, und sowohl durch die Ereignisse in Hamburg als auch

### Leserbrief zu: Krawalle in Hamburg

Die „Tageszeitung“ (Taz) titelte nur wenige Tage nach den verheerenden Ausschreitungen von Hamburg treffend „Lauter Verlierer.“ Verlierer, die sich allerdings nicht allein aus den Ausschreitungen selbst ergeben haben, sondern insbesondere aus der Nachbetrachtung und gegenseitigen Vorwürfen.

Als hessischer Beamter, der die Vorfälle lediglich medial verfolgen konnte, erlaube ich mir natürlich nicht, das Vorgehen beider Seiten feststellend zu beurteilen. Enttäuscht hat mich aber der Umstand, dass alle Seiten vollkommen unkritisch ihre gewohnten Positionen bezogen und entsprechend argumentiert haben. Während Polizei und Gewerkschaften ausschließlich auf der Seite der Demonstranten die Ursache für die Ausschreitungen glaubten gefunden zu haben, meint die Gegenseite, die Polizei sei für alles verantwortlich und habe die Reaktionen geradezu provoziert.

Auch in den Medien wurde schnell Stellung bezogen. In der linken „Jungen Welt“ lautete die Headline beispielsweise am nächsten Tag „Schlagstöcke und Reizgas.“ Der entsprechende Artikel musste also gar nicht mehr gelesen werden, eine saubere journalistische Aufarbeitung war nicht zu erwarten.

Politisch das gleiche Bild. Alle Parteien links der SPD sahen in der Polizei aufgestachelte Gewalttäter, konservative Parteien hingegen sprachen hauptsächlich von linksradikalen Krawalltouristen und stempelten alle Demonstranten, von denen viele lediglich für den Erhalt eines Kulturzentrums auf die Straße gingen, als Gewalttäter ab.

Es stellt sich die Frage, wie bei derart verhärteten Fronten die Ausschreitungen mit verletzten Polizisten und Demonstranten konstruktiv und zielorientiert aufgearbeitet werden können. Die momentane Antwort ist klar: Gar nicht! Die Fronten verhärten sich einmal wieder, gegenseitige Vorwürfe bestimmen die Berichterstattung und führen zu einem zunehmenden Frust aller Beteiligten. Frust, der sich in künftigen Großlagen in ähnlicher Intensität und mit dem Risiko schwer verletzter oder gar getöteter Polizisten, Demonstranten oder Unbeteiligten äußern kann.

Ein Risiko, dass keine Seite eingehen darf. Wir als Polizei haben eine große Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft. Dieser muss sich jeder Polizist bewusst sein. Gleiches gilt für die Polizeigewerkschaften und Politiker. Ressentiments gegenüber gewissen politischen Gruppierungen dürfen

niemals die Überhand vor rechtsstaatlichem Handeln haben.

Ebenso müssen sich auch Demonstranten und polizeikritische Medien ihrer Verantwortung bewusst sein. Die scheinbar willkürliche Einschränkung des Demonstrationsrechts berechtigt in keinsten Weise zu Gewaltexzessen, die unter dem Deckmantel der ethisch-moralischen Überlegenheit offenbar als gerechtfertigt angesehen werden. Zudem müssen auch polizeikritische Parteien, Zeitungen und NGOs anerkennen, dass die Polizei bei Gesetzesübertretungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes allein schon aus dem gesetzlich übertragenen Auftrag nicht zuschauen darf.

Alle Seiten täten gerade jetzt gut daran, nicht nur das Verhalten der Gegenseite, sondern auch ihr eigenes zu hinterfragen. Eine zunehmende Ablehnung dürfen wir uns vor allem in Sinne eines notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalts in Zeiten neoliberaler Fehlentwicklungen, unter denen die Polizei massiv leidet, nicht erlauben! Dies nämlich birgt Sprengstoff und macht uns alle immer wieder zu den von der „taz“ zitierten Verlierern.

**Daniel Roth, Polizeioberrat,  
2. Polizeirevier Wiesbaden**





## GEWALT GEGEN POLIZEI

durch die Situation am Oranienplatz in Kreuzberg ist die Stimmung sehr aufgeladen.“

Bundesweit rechnen Sicherheitsbehörden mit einer starken Zunahme linker Gewalttaten. In Sicherheitskreisen heißt es, dass man in diesem Jahr eine „neue Qualität linksextremer Gewalt ernsthaft in Betracht“ ziehen müsse. Das Mobilisierungspotenzial sei sehr groß.

### Politiker denken über Straferschärfung nach

Angesichts der Häufung der gewalttätigen Zusammenstöße brachte CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach zu Jahresbeginn eine Verschärfung des Paragraphen 113 Strafgesetzbuch bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ins Gespräch. Der Paragraf war erst 2011 für Fälle novelliert worden, in denen sich Menschen gegen die Vollstreckung von Gesetzen mit Gewalt oder der Androhung von Gewalt zur Wehr setzen. Damals wurde der



GdP-Chef Malchow: „Das ist ein schwerer Missbrauch des Demonstrationsrechts.“

Foto: Malte Christians/dpa



Strafrahmen von zwei auf drei Jahre erhöht.

Bosbach regte jetzt auch für einfache Fälle eine Mindeststrafe an. In besonders schweren Fällen gilt eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. „Wenn man den Strafrahmen ausweitet, aber die Mindeststrafe nicht erhöht, dann ist es durchaus möglich, dass sich die Spruchpraxis der Gerichte weiterhin am unteren Ende des Strafrahmens

**Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und die GdP-Vize-Landesvorsitzende Gunhild Weidemann bei der Solidaritätskundgebung für die Polizei der Hansestadt.**

Foto: Ray Goebeler/GdP Hamburg

bewegt. Wir müssen deshalb in den nächsten Monaten abwarten, ob sich die Hoffnung in die Straferschärfung tatsächlich erfüllt und die erhoffte Abschreckungswirkung auf potenzielle Täter einsetzt.“ Andernfalls müsse



Mehr zur GdP-Aktion  
„§ 115 StGB jetzt!“



über eine Mindeststrafe nachgedacht werden. Derzeit werde die gleiche Strafe angedroht wie bei der Jagdwilderei.

Außerdem müsse die personelle und technische Ausstattung der Polizei ver-



bessert werden, sagte Bosbach in dem Zeitungsinterview weiter. Wenn die Polizei wie in Hamburg angegriffen werde, „dann erinnert das an Ereignisse, die wir nur aus der RAF-Zeit kennen. Wir sind glücklicherweise von einem Terrorismus à la RAF noch weit entfernt. Wir müssen nur aufpassen, dass wir nicht in eine solche Entwicklung kommen. Wehret den Anfängen!“

Bayern Innenminister Joachim Herrmann erklärte der „Berliner Zeitung“: „Wie die schweren Ausschreitungen in Hamburg zeigen, gibt es keine Entwarnung. Die Demonstrationen rund um das linke Kulturzentrum ‚Rote Flora‘ waren von roher Gewalt und fast bürgerkriegsähnlichen Zuständen geprägt. 120 verletzte Polizisten – das muss mit aller Konsequenz geahndet werden. Es ist längst an der Zeit, dass diese linksextremistischen Chaoten die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.“

### Hamburgs Erster Bürgermeister: Instrument hat sich bewährt

Hamburgs Erster Bürgermeister Scholz (SPD) verteidigte kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe sein umstrittenes Vorgehen. Zu den heftig kritisierten Gefahrengebieten, die Hamburgs Polizei in der Stadt ausgerufen hat, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“: „Das Instrument hat sich bewährt und wird sich weiter bewähren.“ Die Kontrollen hätten die Maßnahme bestätigt. Schließlich habe die Polizei dabei Schlagwerkzeuge und Feuerwerkskörper gefunden.

Am 4. Januar hatte die Polizei ein Gefahrengebiet ausgerufen, nachdem in den Wochen zuvor Auseinandersetzungen zwischen linken Demonstranten und der Polizei eskaliert waren. Dort kann die Polizei Personen auch ohne konkreten Verdacht nach eigenen Ermessen kontrollieren. Die Gefahrengebiete sind eine Besonderheit im Hamburger Polizeirecht. Weder ein Richter noch ein Parlament muss den Gefahrenzonen zustimmen.

Nach neun Tagen löste die Hamburger Polizei die Gefahrengebiete wieder auf. Das Ziel, potenzielle Störer zu erkennen und dadurch die Ausübung schwerer Straftaten zu unterbinden, sei durch die gezielten Kontrollmaßnahmen erfüllt worden, teilte die Innenbehörde mit. In den letzten Tagen

habe es keine weiteren Übergriffe auf Polizeibeamte gegeben. „Damit sind die mit der Einrichtung der Gefahrengebiete verfolgten Ziele erfolgreich erfüllt worden“, sagte ein Sprecher. Die Zonen hätten schwere Straftaten verhindert.

Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahme teilte Bürgermeister Scholz in einem Zeitungsinterview zugleich nicht. Damit werde „sehr flexibel, souverän und wenig aufgeregt umgegangen“, sagte er. Auch die Kritik vieler Einwohner an der massiven

Polizeipräsenz wies er zurück: „Ganz viele Bewohner sagen das Gegenteil. Sie fühlen sich sicherer.“

Nach einem Bericht des Berliner „Tagesspiegel“ gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass sich die Tendenz zur Gewalt auch in der rechtsextremistischen Szene verstärkt. Hier handele es sich um eine „stabile militante Fraktion“ von rund 9.600 Personen, mehr als 40 Prozent des gesamten rechtsextremen Spektrums.

**Rüdiger Holecek/  
Wolfgang Schönwald**

## Gewalteskalation von Hamburg aufarbeiten

### Öffentliche Veranstaltung des GdP-Landesbezirks

Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Hamburg erklärte der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Hamburg, Gerhard Kirsch: „Wir werden dafür sorgen, dass die Politik nach den Ereignissen der letzten Wochen nicht zur Tagesordnung übergeht. Die wachsende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, die zunehmende Missachtung von Gesetzen und Regeln für ein friedliches Zusammenleben sind eine Bedrohung für unsere Gesellschaft.“

**Die Aufarbeitung der Gewalteskalation gegen die Polizei ist das zentrale Thema einer öffentlichen Veranstaltung des GdP-Landesbezirks Hamburg am Freitag, 7. Februar 2013 im Großen Sitzungssaal des Hamburger Polizeipräsidiums, Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg, mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.**

Gunhild Weidemann, stellvertretende GdP-Landesvorsitzende: „Prof. Dr. Christian Pfeiffer und Dr. Dirk Baier vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) werden ihre neuesten Forschungen zur Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte vorstellen. Der Journalist Andreas Hallaschka, der Begründer der Facebook Seite „Solidarität mit den Beamten der Davidwache“,

konnte für die Veranstaltung gewonnen werden. Ebenso wird ein Kollege, der die Gewaltexzesse am eigenen Leib in den Einsätzen miterlebt hat, von seinen Erfahrungen berichten. Eingeladen wurde auch der Hamburger Innensenator Michael Neumann.

Gunhild Weidemann hatte gemeinsam mit dem Landesvorstand der GdP Hamburg einen umfangreichen Betreuungseinsatz organisiert. Unterstützt wurde dieser von Kolleginnen und Kollegen von der Hamburger Schutzpolizei und Wasserschutzpolizei. Auch die JUNGE GRUPPE der GdP Niedersachsen half während des Großeinsatzes am 21. Dezember 2013 in Hamburg. Der niedersächsische Landesjugendvorsitzende Kevin Komolka sagte: „Ich habe noch nie solche Zustände gesehen. Kollegen, die körperlich und psychisch am Ende waren, teilweise nur knapp schwersten Verletzungen und Schlimmerem entkommen sind, Angst um ihr Leben haben mussten, die mir schilderten, wie übel es ihnen in den vergangenen Stunden ergangen war.“ Gemeinsam mit Felix Buermann, dem Sprecher der JUNGEN GRUPPE an der Polizeiakademie Nienburg, hatte sich Komolka kurzfristig entschieden, den Hamburger Jugendvorstand zu helfen. **hol**



# GdP erarbeitet Grundsätze zur Weiterentwicklung der DHPol

**Die Entscheidung des Wissenschaftsrates vom Januar 2013 zur Akkreditierung der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) bis 2017 stellt aus Sicht der GdP einen wichtigen Meilenstein sowohl für die Betrachtung der Entwicklung der DHPol seit ihrer Gründung als auch für die Festlegung der Herausforderung für die Zukunft dar. Die Akkreditierung als Hochschule bedeutet, dass die Aus- und Fortbildung des Höheren Dienstes der Polizei ein anerkanntes Qualitätssiegel erhält. Dies hat die GdP nicht nur von Beginn an gefordert, sondern über den gesamten Prozess mit durchgesetzt. Gleichzeitig bedeutet die Akkreditierung, dass dringend Schritte unternommen werden, um einer Rückentwicklung vorzubeugen.**

Die DHPol befördert die Verankerung der Polizei in der Gesellschaft, indem sie die Voraussetzung schafft, dass sich die Polizei mit ihren Erfahrungen, gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse, in den öffentlichen Diskurs gesellschaftlich relevanter Fragen einbringen kann. Mit dem dortigen Masterstudiengang verfügt die deutsche Polizei über ein wichtiges Instrument zur Steigerung der Attraktivität des

Polizeiberufs im sich verschärfenden Wettbewerb um die besten Köpfe.

## Keine Alternative

Die Gründe, die 2005 zur Entscheidung für die DHPol in ihrer heutigen Form geführt hatten, haben ihre Gültigkeit bislang nicht verloren. Für die GdP gibt es damit keine Alternative

dazu, diesen Weg konsequent weiter zu gehen. Das bedeutet insbesondere, dass sich die Träger der DHPol bei aller berechtigten Freude über die positive Entwicklung der vergangenen Jahre jetzt nicht zurücklehnen dürfen. Der Hochschulwerdungsprozess muss langfristig gesichert werden.

Die GdP stellt sich dieser Herausforderung und unterzog die Entscheidung des Wissenschaftsrats einer eingehenden Analyse mit Blick auf den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf für die Weiterentwicklung der DHPol. Hierzu sind deren Träger aufgefordert.

## Kritische Analyse

Die Entscheidung des Wissenschaftsrates zur Akkreditierung macht deutlich, dass die DHPol ihren Status als anerkannte wissenschaftliche Hochschule über diesen Zeitraum hinaus nur dann halten kann, wenn sie sich wesentlich



weiter entwickelt. Die GdP versteht dies damit als Akkreditierung auf Bewährung. Bereits die Bestandsaufnahme des Wissenschaftsrates enthält hierfür eindeutige Hinweise:

- Der Anspruch, die Polizeiwissenschaft als interdisziplinäre Querschnittsaufgabe weiterzuentwickeln, kann im jetzigen Rahmen noch nicht adäquat erfüllt werden.
- Ein Ausbau der Kooperationen, insbesondere mit Universitäten, ist zwingend, um einer zu starken polizeilichen Binnenperspektive entgegen zu wirken.
- Zur dauerhaften Absicherung der Hochschulförmigkeit der DHPol ist es notwendig, die fachliche Breite und disziplinäre Binnendifferenzierung gezielt auszubauen.

## Erhebliche Anstrengungen nötig

Der Wissenschaftsrat erkennt einerseits die bisher von der DHPol durchlaufene Entwicklung ausdrücklich an. Er stellt aber andererseits in aller Deutlichkeit klar, dass für einen Erhalt des Status als wissenschaftliche Hochschule nicht ausreicht, nur das bisher erreichte Niveau zu halten. Aus Sicht des Wissenschaftsrates werden im Gegenteil erhebliche zusätzliche Anstrengungen

erforderlich, wenn der Anspruch einer wissenschaftlichen Hochschule nicht aufgegeben werden soll.

Die Feststellungen des Wissenschaftsrates machen deutlich, dass die DHPol am Scheideweg steht, zwischen der Aufgabe der 2006 definierten Zielsetzung einerseits und einer engagierten Weiterentwicklung andererseits. Ein Mittelweg, in Form eines „weiter so“, existiert nicht und bedeute das Ende der DHPol nach 2017.

## Wissenschaft und Praxis eng verknüpfen

Der festgelegte Anspruch, „die Polizeiwissenschaft durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung zu pflegen und zu entwickeln“, ist eine Grundvoraussetzung für die Ausbildung von Führungskräften, die dem gesellschaftlichen Anspruch an eine moderne, professionelle Polizei gewachsen sind. Die konsequente, weitere Ausrichtung der DHPol an diesem Ziel darf daher nicht aufgegeben werden. Dabei muss es darum gehen, die Polizeiwissenschaft so zu entwickeln, dass sie im Zusammenspiel mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen, sowohl einen wissenschaftlichen, als auch einen polizeipraktischen Mehrwert hervorbringt. Gerade durch die

notwendige enge Verknüpfung mit polizeipraktischen Fragestellungen kann eine eigenständige Polizeiwissenschaft ihre Rolle definieren.

Die Entwicklung des Berufsfelds der Polizei zeichnet sich sowohl durch eine starke Dynamik, als auch durch eine hohe gesellschaftliche Bedeutung aus. Dieser Dynamik und den gesellschaftlichen Anforderungen können nur Führungskräfte gerecht werden, die in der Lage sind, auf der Basis eines fundierten, auch von Berufserfahrungen getragenen Wissens sowie versehen mit berufspraktischen Kompetenzen und unter Anwendung wissenschaftlich fundierter Methoden neuen Fragestellungen zu begegnen, Lösungsansätze zu entwickeln und dabei die eigene Tätigkeit im Licht gesellschaftlicher Veränderungsprozesse immer wieder zu hinterfragen. Weiter kommt es angesichts der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit für polizeiliches Handeln darauf an, dass Führungskräfte der Polizei ihre Entscheidungen ihren Mitarbeitern und der Öffentlichkeit fundiert kommunizieren können.

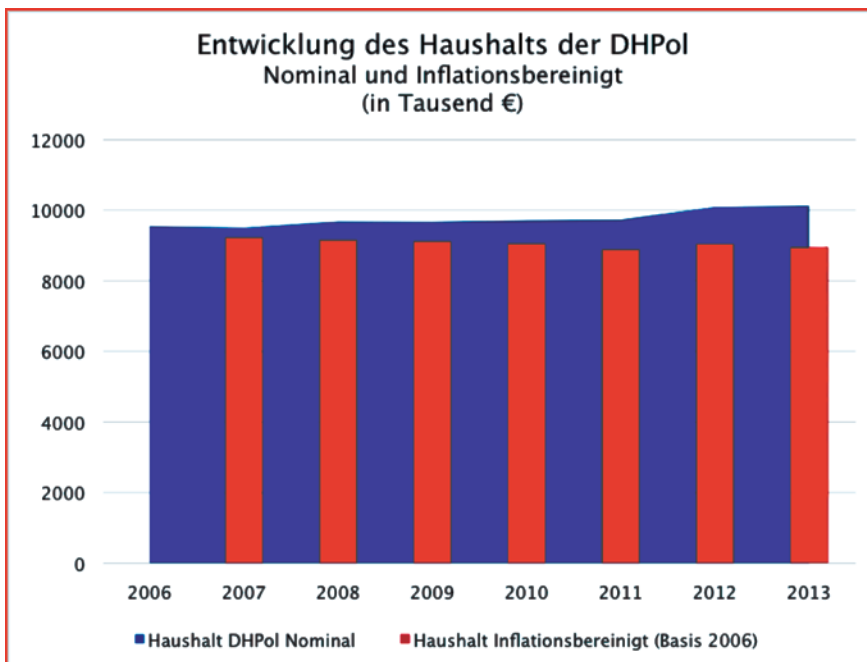
## Wettbewerb um die besten Köpfe

Nicht zuletzt hängt die Qualität polizeilicher Arbeit entscheidend davon ab, dass geeignetes Personal gewonnen werden kann. Angesichts der hohen Anforderungen an Führungskräfte in der Polizei muss der berufliche Status dem von Führungskräften in anderen Berufsfeldern entsprechen, damit die Polizei im Wettbewerb um die besten Köpfe eine Chance hat.

## Masterstudiengang

Die Gründung der DHPol und die Einführung eines Masterstudiengangs ist daher nicht nur ein Meilenstein auf dem Weg der Professionalisierung des höheren Dienstes in der Polizei. Die Polizei vollzieht damit die Akademisierung anderer Berufsfelder im öffentlichen Dienst nach.

Damit die Gründung angesichts der geschilderten Anforderungen und Rahmenbedingungen für das Handeln polizeilicher Führungskräfte die einzig richtige Konsequenz bleibt, soll die Qualifizierung des Höheren Dienstes in der Polizei im Vergleich zu akademischen Berufsfeldern nicht zurückfallen. Letzteres hätte nicht nur dramatische Aus-



Quelle: Verbraucherpreisindex Destatis (Basis 2006); Haushalt der DHPol, eigene Berechnungen



## POLIZEIAUSBILDUNG

wirkungen auf die Attraktivität der Polizei für Nachwuchskräfte, sondern würde mittelfristig auch dazu führen, dass die Professionalität polizeilicher Arbeit nicht mehr den gesellschaftlichen Anforderungen entspricht, die für entsprechende Tätigkeiten einen akademischen Abschluss auf Master-niveau voraussetzen.

### Rückfall inakzeptabel

Zu einer Weiterentwicklung der DHPol gibt es daher aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei keine Alternative. Die Gründe, die zur Einrichtung der DHPol geführt haben, sind auch 2014 aktuell. Ein Zurück vor 2005 wäre für die GdP völlig inakzeptabel und wird mit Nachdruck abgelehnt. Die Erfüllung der Auflagen und der wesentlichen Empfehlungen entscheidet darüber, ob die DHPol als universitäre Einrichtung eine Zukunft hat oder nicht.

### Personal und Konzeption

Dabei müssen bis zur Neuentscheidung über die Akkreditierung die bisher nicht umgesetzten Auflagen des Wissenschaftsrates als Mindestvoraussetzungen erfüllt werden:

- Erhöhung der professoralen Personalausstattung um mindestens ein Vollzeitäquivalent (VZÄ),
- Vorlage eines tragfähigen Konzepts zur Entwicklung der Polizeiwissenschaft und zur Vernetzung der Hochschule, insbesondere mit Universitäten.

### Internationalisierung

Für eine nachhaltige Entwicklung der DHPol ist die Schaffung der Mindestvoraussetzungen aber nicht ausreichend. Auch hier spricht der Wissenschaftsrat eine deutliche Sprache, indem er die Akkreditierung „Mit Blick auf den derzeitigen Entwicklungsstand der DHPol“ erteilt und die Auflagen um einen weitreichenden Empfehlungskatalog ergänzt:

- Zur nachhaltigen Entwicklung einer Polizeiwissenschaft wird die Einrichtung von sechs weiteren VZÄ-Professuren (ausgehend vom Ist-Stand) empfohlen.

- Zur Unterstützung der Hochschulleitung in strategischen Fragen des Verwissenschaftlichungsprozesses wird die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats empfohlen.
- Die Hochschulleitung sollte ein Bibliothekskonzept ausarbeiten, das einen Ausbau der Kapazitäten in den polizeiwissenschaftlich relevanten Bereichen und eine Intensivierung der Kooperation mit der Universitäts- und Landesbibliothek Münster umfasst.
- Angesichts der wachsenden Bedeutung multinationaler Zusammenarbeit sowohl im wissenschaftlichen Bereich (police sciences, police studies) als auch in der polizei-praktischen Kooperation (EU, Schengen) wird der Hochschule die Ausarbeitung einer Internationalisierungsstrategie empfohlen.

### Empfehlungen ernst nehmen

Vor diesem Hintergrund darf die über die aktuellen Auflagen hinausgehende DHPol-Weiterentwicklung der auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Es ist offensichtlich, dass ein wesentlicher Teil der Empfehlungen aus der Akkreditierungsentscheidung von 2013 der Maßstab für 2017 sein wird. Das Ignorieren der Empfehlungen würde jedenfalls dazu führen, dass die Re-Akkreditierung unmittelbar gefährdet ist. Die Entwicklung eines weiteren Studienganges ist deshalb zur Wahrung des universitären Status zwingend erforderlich.

### Gemeinsame Strategiegruppe

Die Umsetzung der weiterreichenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates erfordern in weiten Teilen mittel- bis langfristige strategische Ansätze, für die bislang keine Planung vorliegt. Aus diesem Grund ist es bereits jetzt erforderlich, auch in die strategische Umsetzung der Empfehlungen einzusteigen. Die GdP begrüßt daher die Anstrengungen des Senats der DHPol und des Kuratoriums in einer gemeinsamen Strategiegruppe Empfehlungen zu erarbeiten, den Gremien der Innenministerkonferenz vorzustellen sowie die Absicht, die neue strategische Ausrichtung und eine Projektorganisation umzusetzen. Dabei wird die GdP darauf achten,



COP® Specials Januar / Februar 2014 \*Gültig vom 20.12.13 - 28.02.14

**1 Polizei-Clipboard**  
**POSSE 375**  
 Art.-Nr. CB-375  
 Farbe: silbergrau  
 Material: eloxiertes Aluminium  
 Größe: 35 x 23 x 4 cm (L x B x H)  
 Qualitätsprodukt und Standard bei zahlreichen US-Behörden.  
 Innen mit 2 getrennten Fächer.  
 Aktionspreis: € 39,90 statt 58,99\*

**2 Einsatzstiefel**  
**adidas® GSG9.7**  
 Art.-Nr. 85G62307-Größe UK  
 Farbe: schwarz  
 Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14  
 Verfügbar in 1/2 Größen  
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 600 g  
 Aktionspreis: € 119,90 statt 138,99\*

Größe UK	3.5	4	4.5	5	5.5	6	6.5	7	7.5	8	8.5	9	9.5	10	10.5	11	11.5	12	12.5	13	13.5	14
Größe EU	36	36.5	37.5	38	38.5	39.5	40	40.5	41.5	42	42.5	43	44	44.5	45.5	46	46.5	47.5	48	48.5	49.5	50

**3 Taschenlampe**  
**COP® 8507 LED Stroboskop**  
 Art.-Nr. 18507  
 Cree® XP-G LED Leuchtmittel.  
 Arretierbarer Schalter. Länge: 14 cm  
 Durchmesser: 3,3 cm Körper, 3,6 cm Kopf  
 Mit Stroboskop- & Dimmerfunktion  
 Aktionspreis: € 39,90 statt 58,99\*

**4 Universalholster**  
**COP® 1406 Pro**  
 Art.-Nr. 21406  
 Farbe: schwarz; Material: Nylon.  
 Gepolstertes, hochwertiges Holster mit Klappe und Klettverschluss, passend für Taschenmesser, Multitools, Magazine und kompakte Taschenlampen. Für Gürtel bis 58 mm.  
 Aktionspreis: € 9,90 statt 14,99\*

**5 Einsatzhandschuh**  
**COP® CR214W**  
 Art.-Nr. 320214W-Größe  
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz  
 Außenmaterial: 50% Ziegenleder, 50% Polyester. Futter: 100% Polyester. Gefütterte Ausführung des erfolgreichen Einsatzhandschuhs COP®CR214 mit warmen HYTEX-Innenfutter.  
 EN 388  
 Abriebfestigkeit: Kategorie 2  
 Schnittfestigkeit: Kategorie 2  
 Weitererfestigkeit: Kategorie 3  
 2 2 3 3 Durchstichfestigkeit: Kategorie 3  
 Aktionspreis: € 39,90 statt 49,99\*  
 Winterhandschuh

**6 Tactical Langarm**  
**Crew T-Shirt**  
**Under Armour® ColdGear**  
 Art.-Nr. UA1005511-0 (olivgrün)  
 Art.-Nr. UA1005511-B (beige)  
 Art.-Nr. UA1005511-S (schwarz)  
 Größen beige und schwarz: S - 3XL  
 Größen olive: S, XL - 3XL  
 Farben: olive, beige, schwarz  
 Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan. Langärmeliges, hochfunktionelles Kompressionsshirt.  
 Aktionspreis: € 39,90 statt 58,99\*

**7 Under Armour®**  
**Boxershorts Core**  
**ColdGear®**  
 Art.-Nr. UA1203882S-Größe  
 Größen: S - 3XL; Farbe: schwarz  
 Material: 63% Nylon, 23% Polyester, 14% Elasthan. Eng anliegende Boxershorts ohne Eingriff - Beininnenlänge = 17,8 cm  
 Aktionspreis: € 29,90 statt 39,99\*

**8 Under Armour® Tactical**  
**Speed Freek Stiefel GTX**  
**Allseasongear®**  
 Art.-Nr. UA1227564S-Größe US  
 Farbe: schwarz  
 Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)  
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 580 g  
 Aktionspreis: € 159,90 statt 209,99\*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klanauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany  
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail [service@cop-gmbh.de](mailto:service@cop-gmbh.de)

[www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

\*\*Angebot / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2013 bis 28. Februar 2014 \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\* ehemaliger Verkaufspreis

dass die Forcierung des wissenschaftlichen Bereichs nicht zu Lasten der polizeipraktischen Fachgebiete geht, die seit Jahren in der Aus- und Fortbildung eine anerkannte und gute Arbeit leisten und mit ihrem Personal den Großteil des Masterstudiengangs sowie die Mehrzahl der Tagungen und Seminare tragen.

### DHPol nicht dem Rotstift opfern

Mit Blick auf die überragende Bedeutung, die einer nachhaltigen Etablierung der DHPol als anerkannter wissenschaftlicher Hochschule zukommt, darf die Entscheidung über die weitere Entwicklung nicht unter dem Diktat



Die Hochschule aus der Vogelperspektive.  
Foto: DHPol

einer Kostenneutralität stattfinden, sondern muss von sachlichen Argumenten getragen sein. Inflationsbereinigt ist das Budget der DHPol seit 2006 um sechs Prozent gesunken.

Die Kombination aus dem real schrumpfenden Haushaltsvolumen und inflexiblen Regeln zur Haushaltsbewirtschaftung (Haushaltsreste können nicht übertragen werden) wird die Fähigkeit der DHPol zur Gewinnung von professoralem Nachwuchs künftig deutlich erschweren. Die Aufrechterhaltung des Status Quo bedeutet daher den Einstieg in den Ausstieg aus der DHPol als akademische Bildungseinrichtung. Aus GdP-Sicht besteht daher ein zwingender Handlungsbedarf.

### Geringe Mehrkosten

Diese Haushaltsentwicklung ist auf Dauer nicht nur unvereinbar mit dem Anspruch des DHPol-Gesetz. Sie ist

auch kaum mit den sich aus der Akkreditierungsentscheidung ergebenden Herausforderungen in Einklang zu bringen. Sofern sich daher die sachlich begründete Notwendigkeit zur Erhöhung des Budgets der DHPol ergibt, darf das – auch angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte – nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Für die 19 Träger der DHPol wäre es ein Armutszeugnis, sollte die Weiterentwicklung der DHPol an verhältnismäßig geringen Mehrkosten scheitern.

### Forderungen der GdP:

**Als Ergebnis der Akkreditierungsentscheidung ergeben sich aus Sicht der GdP folgende kurz-, mittel- und längerfristige Forderungen für die Weiterentwicklung der DHPol:**

#### Kurzfristig:

- **Die Weiterentwicklung der DHPol darf nicht dem Diktat einer Kostenneutralität unterworfen werden. Zur Umsetzung der Auflagen und Empfehlungen des Wissenschaftsrates müssen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.**
- **Die Einrichtung einer weiteren Professur. Das Berufungsverfahren muss auch qualifizierten Polizeibeamtinnen und -beamten des aktiven Dienstes offen stehen.**
- **Promotionen an der DHPol müssen auch künftig in Kooperation mit Partneruniversitäten möglich sein. Die Träger sind dazu aufgerufen, auch Polizeibeamtinnen und -beamten Zugang zur Promotion zu ermöglichen, zum Beispiel durch Promotionsabordnungen.**
- **Zur Deckung absehbar anwachsenden Raumbedarfs müssen entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.**

#### Mittel- bis langfristig

- **Die Entwicklung einer über 2017 hinaus weisenden Strategie zur Umsetzung der weiterreichenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Diese sollte im Rahmen einer durch die DHPol durchzuführenden Zukunftswerkstatt entwickelt werden.**
- **Die Einrichtung eines weiteren Studiengangs inklusive der dazu erforderlichen Professuren ist zur Festigung des universitären Status und zur Etablierung einer ausdifferenzierten Polizeiwissenschaft zwingend erforderlich.**
- **Insbesondere zur Sicherstellung des Nachwuchses in den polizeipraktischen**

**Fachgebieten benötigt die DHPol ein langfristig angelegtes Personalgewinnungskonzept.**

- **Die Forschungsleistung der DHPol ist weiter auszubauen.**

### Unentbehrliche Bildungseinrichtung

Die GdP ist davon überzeugt, dass eine zentrale Bildungseinrichtung der Länder und des Bundes zur Qualifizierung der Beamtinnen und Beamten des höheren Polizeidienstes in einer Zeit des vernetzten Zusammenarbeitens unentbehrlich ist.

Die GdP unterstreicht die Entscheidung der Konferenz der Länderinnenminister- und Senatoren (IMK), die Polizei-Führungsakademie in eine Deutsche Hochschule der Polizei fortzuentwickeln. Die nachhaltige Sicherung der Hochschulformigkeit und die Bereitschaft der Träger zur ständigen Weiterentwicklung sind ohne Alternative.

Die GdP sieht in der institutionellen Akkreditierung der DHPol eine wichtige Bestätigung, dass die Leistungen der DHPol bereits heute in weiten Teilen allgemeinen wissenschaftlichen Maßstäben gerecht werden. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Anforderungen und Erwartungen der Bedarfsträger an die zukünftigen Führungskräfte.

Die GdP fordert von der IMK, den vom Wissenschaftsrat festgestellten Handlungsbedarf anzuerkennen und mit der Umsetzung der Auflagen und wesentlichen Empfehlungen umgehend zu beginnen. Dies erfordert einen Verzicht auf die Vorgabe der Kostenneutralität und die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel mit der die DHPol hochschuladäquat flexibel wirtschaften kann.

Die GdP besteht auf der konsequenten Umsetzung des Bologna-Prozesses durch das zweistufige Studiensystem in der deutschen Polizei. Mit dem Masterstudiengang verfügt die Polizei über ein anerkanntes, schlüssiges Studienangebot, das den gesellschaftlichen Anforderungen an herausgehobene Führungskräfte der Polizei entspricht.

Die GdP spricht sich dafür aus, die Fortentwicklung der DHPol für eine bessere und intensivere Verzahnung von Wissenschaft und Praxis zu nutzen. Wissenschaft, Forschung und Praxisbezug sind uns gleich wichtig.



Gore  
sucht  
Sie!



GORE-TEX®  
PRODUCTS



## Gore sucht 100 Polizisten für großen GORE-TEX® Tragetest

PRODUCTS

Der GORE-TEX® BLACK EAGLE® Tactical 20 Mid von HAIX® hat alle Tests im Labor bestanden und wird bereits von Polizisten getragen. Im großen GORE-TEX® Produkt Tragetest interessiert uns, wie sich der Schuh im täglichen Gebrauch bewährt.

Dafür stellen wir die Schuhe zur Verfügung und Sie tragen sie. Am besten täglich. Auf langen Fußwegen genauso wie beim Autofahren. Beim Stehen, beim Sprinten oder Springen. Ob draußen oder drinnen. Bei Platzregen ebenso wie bei trockenem, warmen Sommerwetter.

Ihre Meinung ist uns wichtig! Mit der Teilnahme am Tragetest erklären Sie sich bereit, in den warmen Jahreszeiten die Schuhe intensiv zu testen und anschließend elektronisch einige Fragen zu Tragekomfort und Schuhqualität zu beantworten. Während des Tragetests werden die Schuhe für eine kurze Zeit zurück ins Labor geschickt. Danach können Sie den Schuh weiter tragen und uns auch Ihre langfristigen Erfahrungen mitteilen. Das Ganze wird natürlich anonym durchgeführt.

Die Auswahl der 100 Testpersonen erfolgt durch Gore. Für repräsentative Ergebnisse werden wir darauf achten, dass deutschlandweit getestet wird, Frauen und Männer berücksichtigt werden und alle Altersgruppen abgedeckt sind.

Bei der Datenerhebung und Auswertung wird Gore von der Firma HYVE, einer Marktforschungsagentur aus München, unterstützt.

Sind Sie interessiert? Dann bewerben Sie sich jetzt, spätestens bis Ende Februar, für den Gore-Tragetest, indem Sie auf den folgenden Link gehen und die Fragen beantworten:

<http://hyve.info/Gore-Tragetest>

Das Ausfüllen des Fragebogens wird in etwa 5 Minuten dauern. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Oder per QR-Code zur Bewerbung:



- Leicht, dynamisch, multifunktional
- Trocken und komfortabel in warmen Temperaturen
- Mit der High-Tech Funktionalität der GORE-TEX® Extended Comfort Technologie

Hoch atmungsaktiv

Dauerhaft wasserdicht



# Bessere Ursachenforschung bei Verkehrsunfällen

Ende Januar stand zum 52. Mal der Verkehrsgerichtstag als der bedeutendste Fachkongress seiner Art wieder im Lichte des deutschen Verkehrsrechts. Themen von aktueller Bedeutung für die Gesetzgebung, Rechtsprechung, Polizei, Verkehrs- und Bußgeldbehörden, Versicherungswirtschaft sowie für alle Verkehrsteilnehmer wurden in Goslar behandelt.

Mitgliedstaaten vollstreckt werden.

Beim diesjährigen Verkehrsgerichtstag wurde neben der Funktionsweise des geltenden Systems insbesondere erörtert, wie der in den meisten EU-Ländern geltenden Halterhaftung Rechnung getragen wird, mit welchen Ländern eine regelmäßige Zusammenarbeit schon besteht, wo noch praktische Schwierigkeiten bei der grenzü-

fene" als ein wesentlicher Baustein der Reform herausgestellt.

Kaum nachvollziehbar ist schon allein, dass gegen die Anordnung, ein MPU-Gutachten zu erbringen, bis heute kein Rechtsmittel eingelegt werden kann. Der jahrelang anhaltende „Führerscheintourismus“ war ein – mittlerweile untauglicher – Versuch, sich der MPU als „zweiter Strafe“ zu entziehen.



*Nicht selten ist der Unfallhergang nur mit großer Mühe zu ermitteln – schon bald soll der Polizei die Arbeit erleichtert werden.*

*Foto: Becker&Bredel/dpa*

Hochkarätig besetzte Arbeitskreise (AK) führten erneut zu interessanten und ertragreichen Diskussionen.

### • AK I: Grenzüberschreitende Vollstreckung von Sanktionen in der EU

Verkehrsv Verstöße im EU-Ausland, die früher nur in seltenen Fällen geahndet wurden, können heute grenzüberschreitend verfolgt werden: Seit 2010 gilt in Deutschland das Geldsanktionsgesetz, mit dem ein EU-Rahmenbeschluss aus 2005 umgesetzt wurde. Danach können Knöllchen mit einer Summe von über 70 Euro (einschließlich Verwaltungsgebühren) durch die jeweils ersuchten Behörden der EU-

berschreitenden Vollstreckung auszumachen sind beziehungsweise Lücken im Gesamtsystem identifiziert werden und welche Verbesserungsvorschläge es dazu gibt. Darüber hinaus sind weitere Pläne der EU-Kommission zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zur Sprache gekommen.

### • AK V: Fahreignung und MPU

Das Bundesverkehrsministerium lässt derzeit ein Konzept für eine Reform der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) entwickeln. Nach Ansicht von Experten aller relevanten Fachrichtungen hat sich bereits „eine bessere Information für Betrof-

Eine vielfach gewünschte Reform soll sich insbesondere auf den Ablauf und die Dokumentation der Exploration beziehen. Fraglich erscheint, ob es auch künftig keine Ton- oder Videoaufzeichnungen geben wird, wenn Verkehrssünder beim sogenannten Idiotentest ihre Eignung für den Führerschein nachweisen müssen. Im Fokus des Gerichtstages stand aber auch das in der Öffentlichkeit immer noch vorhandene negative Image der MPU.

### • AK VI: „Rätselhafte“ Verkehrsunfälle und strafprozessuale Aufklärungspflicht

Wenn Medien über schwere Verkehrsunfälle berichten, finden sich





– wie auch schon in polizeilichen Unfallanzeigen – häufig Formulierungen, nach denen es „aus bislang ungeklärter Ursache“ oder „aus bisher unbekanntem Gründen“ zu dem Schadenseintritt gekommen sei. Wird die körperliche Unversehrtheit Dritter verletzt, gebietet das Legalitätsprinzip die strafprozessuale Erforschung des Sachverhaltes. Welche Ermittlungsansätze bieten sich den Strafverfolgungsbehörden, um etwaige körperliche oder geistige Mängel der Unfallverursacherin oder des Unfallverursachers zu erforschen?

Ärztliche Ratschläge, auf eine motorisierte Teilnahme am Straßenverkehr zu verzichten, werden zu häufig noch ausgeblendet. Das Vertrauen, es werde schon gut gehen, ist oft unerschütterlich – bis es zum Unfall kommt. Wo liegen andererseits rechtliche Grenzen konventioneller oder unkonventioneller Ermittlungsmethoden? Welche Rolle kommt dem ein Krankheitsbild feststellenden Arzt zu? Wie können in Zukunft solche objektiv wie sub-

ektiv vorhersehbare Verkehrsunfälle vermieden werden? Der Verkehrsgerichtstag hat hierzu rechtsmedizinische, juristische und ermittlungstaktische Aspekte der Thematik ausgeleuchtet und daraus abzuleitende Lösungsmöglichkeiten diskutiert.

### • AK VII: Wem gehören die Fahrzeugdaten?

Verfügbarkeit, Umfang und Auswertungen möglicher Daten im Fahrzeug nehmen in jüngster Zeit drastisch zu. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von potenziellen Lösungen auf dem Markt, die Daten zu den unterschiedlichsten Zeitpunkten der Fahrt erfassen und so auch bei der Aufklärung von Verkehrsunfällen einen wichtigen Beitrag leisten könnten.

Gewisse Mehrwertdienste, Versicherungsvorteile und Staumittelungen erscheinen oftmals attraktiv – bei unzureichender Aufklärung über die Tragweite der Datenweitergabe drohen allerdings kaum einschätzbare Gefahren (informationelle Selbstbe-

stimmung, Überwachung sämtlicher Lebensbereiche, Ausspähen etc.). Vorhandene Datenspeicher elektronischer Bauteile im Auto sind in der Lage, die Ursachenzusammenhänge für ein konkretes Unfallgeschehen mit hoher Aussagekraft zu objektivieren, wenn man es möchte. Doch wem gehören die Daten, und inwieweit können beziehungsweise dürfen sie ausgewertet werden?

Was ist alles heute schon möglich? Was kommt in Zukunft? Was kann alles unbemerkt weitergegeben werden? Welche Rechtsbereiche werden berührt, und welche Verfügungsmöglichkeiten haben Fahrer, Polizei, Gerichte, Versicherungen und Hersteller? Kommt es letztlich zum Verrat durch den eigenen PKW – und wie kann man sich davor schützen?

Die DEUTSCHE POLIZEI wird über die Ergebnisse des Gerichtstages noch ausführlich berichten.

Peter Schlanstein

Anzeige

Nürnberg, Germany  
5. – 6.3.2014

# ENFORCETAC

International Exhibition & Conference  
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions

by IWA

MEHR RAUM UND ZEIT  
FÜR SICHERHEIT  
ZWEI MESSEN, ZWEI TERMINE  
PLUS NEUE HALLEN!\*

\*Nähere Informationen:  
[www.iwa.info](http://www.iwa.info)  
[www.enforcetac.com](http://www.enforcetac.com)

Veranstalter  
NürnbergMesse GmbH  
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 19  
[besucherservice@nuernbergmesse.de](mailto:besucherservice@nuernbergmesse.de)

# IWA

## OUTDOOR CLASSICS 2014

High performance in target sports,  
nature activities, protecting people

7. – 10.3.2014  
Nürnberg, Germany

NÜRNBERG MESSE



## **Experten sehen akuten Reformbedarf im öffentlichen Dienst**

**„Gute Arbeit – Faire Bedingungen“: Unter diesem Motto fand Ende November in Berlin das 16. Schöneberger Forum statt. Unter dem Strich kamen die Experten zu einem eindeutigen Ergebnis: Der öffentliche Dienst hat akuten Reformbedarf. Das Schöneberger Forum ist die gemeinsam von Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) und der Hans-Böckler-Stiftung veranstaltete Expertentagung zum öffentlichen Dienst. Im vergangenen Jahr kamen über 500 Beschäftigte aus Bund, Ländern und Gemeinden, Personalvertreterinnen und -vertreter, Führungskräfte wie politisch Verantwortliche zu einem intensiven Meinungsaustausch in der Hauptstadt zusammen.**

**G**emäß dem obigen Motto wurde auf der Veranstaltung seitens sämtlicher Expertinnen und Experten darauf hingewiesen, dass gute Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein entscheidender Faktor für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der öffentlichen Hand sei. Verlangt man vom öffentlichen Dienst gute Arbeit, so dürften dessen Beschäftigte faire Bedingungen erwarten.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack machte in ihrem Einführungsvortrag deutlich, dass die öffentliche Hand ihre Rolle als Gestalterin einer solidarischen Gesellschaft und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft nur ausfüllen könne, wenn ausreichend Mittel für Bildung, soziale und technische Infrastruktur und Sicherheit bereitgestellt würden. Dazu müssten die Einnahmen der öffentlichen Hand erhöht werden. Darüber hinaus gelte es, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst positiv auszugestalten. Anstelle von Personalabbau und Aufgabenreduzierung bestehe die Aufgabe angesichts der demografischen Entwicklung darin, ausreichend qualifiziertes Personal zu gewinnen, auszubilden und sämtlichen Beschäftigten Perspektiven, moderne Arbeitsbedingungen und eine effektive Gesundheitsförderung zu bieten.

Infolge der Krise der öffentlichen Haushalte und insbesondere infolge der Föderalisierung des Dienstrechts nach 2006 habe der öffentliche Dienst als Arbeitgeber und Dienstherr jedoch deutlich an Attraktivität verloren. Anstatt gleiche Arbeit auch gleich zu be-

für die Bürgerinnen und Bürger hin. Der demografische Wandel und die knappen öffentlichen Ressourcen machten es erforderlich, sich bei den öffentlichen Leistungen am gesellschaftlichen Bedarf zu orientieren. Verheerend sei es hingegen gewesen, dass in den letzten 20 Jahren immer mehr Beschäftigte abgebaut, die Schulden hingegen ständig gewachsen seien. Bei gleichem beziehungsweise steigendem Aufgabenbestand



**Reger Diskussionsbedarf auf dem 16. Schöneberger Forum in Berlin.**

**Foto: Simone M. Neumann**

zahlen, beliefen sich die Besoldungsunterschiede zwischen den Bundesländern bei einzelnen Ämtern auf bis zu 15 Prozent. Beamtinnen und Beamten würden darüber hinaus weitere Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung abverlangt. Allgemeine Zustimmung fand die Forderung Hannacks, die Föderalisierung des Dienstrechts zurückzunehmen und die Regelungen zum Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht wieder unter einheitliches Bundesrecht zu stellen.

Prof. Dr. Jörg Bogumil von der Ruhr-Universität Bochum wies in seinem Vortrag auf das Spannungsfeld des öffentlichen Dienstes zwischen Haushaltskrise und guten Dienstleistungen

sei zukünftig keine Stelle mehr einzusparen. Vielmehr gehe es darum, das vorhandene Personal der jeweiligen Nachfrage nach öffentlichen Leistungen entsprechend optimal einzusetzen und weiterzuentwickeln.

Diese und diverse andere aktuelle beamtenpolitische Themen konnten dann in drei verschiedenen Fachforen vertieft und diskutiert werden. Dabei stand neben prekären Beschäftigungsverhältnissen und der Entwicklung des öffentlichen Sektors in den europäischen Staaten insbesondere die Personalgewinnung im öffentlichen Dienst im Fokus.

Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, stellte dabei im



Forum II das Thema „Demografische Herausforderung und Personalgewinnung“ sehr anschaulich anhand der Situation der Polizei in Bund und Ländern dar. Pauschale Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst seien immer noch weit verbreitet. Angesichts einer verfehlten Personalpolitik sei es hingegen oftmals versäumt worden, rechtzeitig Personal zu gewinnen, um den politisch definierten Aufgaben in der Bildung, der öffentlichen Sicherheit, aber auch den bürgernahen Dienstleistungen in den Kommunen auch in Zukunft gerecht werden zu können.

Während die Privatwirtschaft geeignetes Personal „mit dem Kescher“ einfange, sitze der öffentliche Dienst „mit der Angel“ da. Notwendig sei eine Anpassung des Fürsorge-Begriffs an die Realitäten des 21. Jahrhunderts. Fürsorge sei soziale Sicherheit über die bloße Arbeitsplatzgarantie hinaus und müsse alle Lebensphasen der Menschen betrachten. Verbindlichkeit, Planbarkeit und Verlässlichkeit müssten sich als Ausdruck des Sozialen bei Personalentwicklung, Fortbildung und Arbeitszeitmodellen wiederfinden.



**Jörg Radek, stellv. GdP-Bundesvorsitzender:**  
*„Verbindlichkeit, Planbarkeit und Verlässlichkeit müssen sich als Ausdruck des Sozialen bei Personalentwicklung, Fortbildung und Arbeitszeitmodellen wiederfinden.“*

Foto: Simone M. Neumann

Der zweite Veranstaltungstag stand im Zeichen des in der Nacht zuvor ausgehandelten Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD. Die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, die an den Verhandlungen beteiligt war, bezeichnete den Vertrag als einen „ausgewogenen Kompromiss“. Festlegungen wie die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro ab 2015, Korrekturen am Arbeitsmarkt sowie Veränderungen im Rentenbereich dürften aus gewerkschaftlicher

Sicht begrüßt werden. In der Folge referierte die Ministerpräsidentin zu dem Thema „Der öffentliche Dienst als guter Arbeitgeber? Leistungseffizienz und Mitarbeiterzufriedenheit in Zeiten der Schuldenbremse“. Dabei verwies sie darauf, dass ein attraktiver öffentlicher Dienst mit zufriedenen Mitarbeitern auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse machbar sei. Für das Saarland als Konsolidierungsland bedeute dies eine besondere Herausforderung, die man im Schulterschluss mit den Gewerkschaften angehe. Als positives Beispiel könne hier die unter

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

## Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



maßgeblicher Mitarbeit der GdP Saarland entwickelte Polizeireform genannt werden.

Es folgte die Verleihung des Deutschen Personalrätepreises 2013. Aus GdP-Sicht erfreulich war dabei die Nominierung des Gesamtpersonalrats bei der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin.

Schließlich wurde auf weiteren Fachforen die Problematik der Arbeitsverdichtung und der Gesundheitsförderung sowie die Entwicklung des Beamtenrechts diskutiert.

Gegenstand des letztgenannten Forums waren vor allem die Veränderungen des Beamtenrechts in Folge der Föderalismusreform I. Die Diskussionsteilnehmer wiesen darauf hin, dass der Bund und die Länder ihre (wiedergewonnene) Rechtsetzungskompetenz zunehmend nutzen, was unter anderem zu sehr differenzierten Lösungen im Laufbahn- und Besoldungsrecht führe. Eine Vielzahl von Neuregelungen solle dabei die Durchlässigkeit erhöhen und zur Flexibilität beitragen. Insofern könne man es grundsätzlich begrüßen, dass nach vielen Jahrzehnten Stillstand notwendige Reformen angepackt würden.

Durchaus kontrovers war in diesem Zusammenhang der Beitrag des rheinland-pfälzischen Finanzstaatssekretärs, Dr. Salvatore Barbaro. Dieser behauptete, dass die Unterschiede im finanziellen Dienstrecht zwischen den Ländern hinsichtlich der Struktur und der Grundausrichtung der Beamtenbezüge bislang noch eher gering seien. Abweichungen fänden sich lediglich bei der Eingangsbesoldung, beim Familienzuschlag oder einzelnen Zulagen. Bei einem Vergleich der Besoldungsstrukturen der Länder dürfe man aber keine „Rosinenpickerei“ betreiben, sondern müsse immer die jeweilige Gesamtkonzeption der Bezahlung betrachten, da Bund und Länder jeweils andere Schwerpunkte setzen. Der einzelne Beamte könne sich insofern aus einem umfangreichen differenzierten Angebot das für sich passende aussuchen.



*Ein attraktiver öffentlicher Dienst mit zufriedenen Mitarbeitern, so die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, sei auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse machbar. Fotos (2): Simone M. Neumann*

Einigkeit herrschte dann wieder darüber, dass in Folge der Föderalismusreform I gleiche Arbeit im öffentlichen Dienst zunehmend unterschiedlich bewertet werde und Aufstiegschancen rechtlich von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich gestaltet würden. Die signifikanten Unterschiede bei Besoldung und Versorgung zwischen den einzelnen Bundesländern sowie im Verhältnis zwischen Bundesland und Bund sowie 17 teils völlig verschiedene Regelungen des Laufbahnrechts seien insofern nichts anderes als eine „Modernisierung der staatlichen Ordnung auf dem Rücken der Beschäftigten“. Mit Blick auf Personalgewinnung, Motivation und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sei dies äußerst kritisch zu sehen. Zu befürchten sei auch, dass die besorgniserregende Entwicklung im Bereich der Besoldung noch nicht das Ende der Fahnenstange sei. Äußerungen aus dem politischen Raum legten die Vermutung nahe, dass im nächsten Schritt die Versorgung als wachsender Kostenblock in den Länderhaushalten ins Visier der Sparkommissare geraten könnte.

Am Rande des Schöneberger Forums wurde auch bekannt, dass der von CDU/CSU und SPD ausgehandelte Koalitionsvertrag ungeachtet der bekannten und immer wieder – gerade auch durch die GdP- aufgezeigten dramatischen negativen Folgen für die Beamtinnen und Beamten und für den gesamten öffentlichen Dienst –



*Föderalisierung zurückzunehmen, fordert die stellv. DGB-Vorsitzende Elke Hannack.*

keinerlei Aussagen hinsichtlich einer Rücknahme oder wenigstens Novellierung der Föderalismusreform I enthält. Dieser bedauerliche Fakt zeige wieder einmal, dass es ganz offensichtlich immer noch ein „Wahrnehmungsproblem der Politik“ gebe, so Jörg Radek.

**Christian Hoffmeister**



## Mecklenburger Seenrunde 2014

Einigen ist sie vielleicht schon ein Begriff: Die in Schweden legendäre Vätternrunde, bei der tausende Radfahrer jedes Jahr 300 Kilometer einmal um den zweitgrößten See des Landes, den Vätternsee, fahren. Der Radsport erfreut sich seit Jahren auch hierzulande wachsender Beliebtheit. Als weitgehend schonende Breitensportart gibt er den Menschen die Möglichkeit, sich fit zu halten und dabei draußen in der Natur zu sein.

Der radsportbegeisterte Verhaltens- und Event-Organisator Detlef Koepke nahm im vergangenen Jahr begeistert an der Vätternrunde teil. Zurück kam er mit vielen neuen Erfahrungen und der Idee, eine Veranstaltung dieser Art nach Deutschland zu holen: die Geburtsstunde der MECKLENBURGER SEENRUNDE (MSR). Im November traf der Berliner Polizist Mario Baumann, der selbst daran teilnehmen wird, den Ver-

anstalter zusammen mit der Outdoor-Trainerin, Bianka Schimanski (Fun-Tours Berlin) in Neustrelitz. Gemeinsam sprachen sie mehrere Stunden über den Reiz einer solchen Veranstaltung sowie deren Organisation und den großen Nutzen für die Region. Neben dem 300 Kilometer langen MSR-Kurs wird es eine kürzere, 90 Kilometer-Variante geben, für die ausschließlich Frauen zugelassen sind, die vom Veranstalter „Frauenrunde“ genannt wird.

Beide Strecken richten sich ausdrücklich an Freizeitsportler, die das gewisse Etwas suchen. Dabei ist es egal, ob sie nach der schnellsten Zeit oder der schönsten Aussicht oder Beidem jagen wollen. Dafür stehen landschaftlich reizvolle und verkehrssarme Strecken zur Verfügung, die an allen wichtigen beziehungsweise kritischen Punkten durch Helfer abgesichert sind.

An den schönsten Orten der Touren

wurden lokale Gastronomen mit ins Boot geholt, die sich um die Versorgung der Teilnehmer mit regionalen Köstlichkeiten kümmern werden. Außerdem gibt es die Möglichkeit, beispielsweise schwache Bremsen, platte Reifen oder verstellte Schaltungen vor Ort von Fachleuten richten zu lassen.

In Radsport-Foren wird bereits intensiv über die MSR diskutiert. Die Sportler erwarten dieses Event mit großer Spannung, sind aber verständlicher Weise auch skeptisch. Neben dem vielen positiven Feedback wird gern das Thema Startgeld aufgegriffen. 150 Euro für 300 Kilometer erscheinen vielen Teilnehmern zu hoch. Richtig ist, dass sich die MSR damit am oberen Rand mit vergleichbaren Veranstaltungen bewegt. Aber nach den Gesprächen mit Koepke ist deutlich geworden, dass der Leistungsumfang ein anderer ist: Nicht nur die kostenlosen Massagen, der Shuttle für „Liegenbleiber“, acht

Anzeige



GEMEINSAM.  
ZIELE.  
ERREICHEN.

UNSERE KÖPFE, IHR RECHT!

### Die kompetente Rechtsberatung für Mitglieder der GdP

Wir sind für alle Fragen rund um Ihren Rechtsschutz für Sie da. Mit mehr als 370 qualifizierten Juristinnen/Juristen in bundesweit 111 Büros beraten wir Sie gerne und ausführlich zu den Themen:

- **Dienstliche Beurteilung, Beförderung, Besoldung, Versorgung**
- **Dienstausfall, Disziplinarrecht, Beihilfe**
- **Bewerbungsverfahrensanspruch, Konkurrentenklagen**

Wir sind Ihre Spezialisten für Arbeits-, Sozial-, und Beamtenrecht und helfen Ihnen umgehend.

Wenden Sie sich an eines unserer Büros oder schreiben Sie uns unter [www.dgbrechtsschutz.de/kontakt](http://www.dgbrechtsschutz.de/kontakt)



Verpflegungsstationen oder der kostenlose Service der Fahrradmechaniker sind darin enthalten. Jeder Teilnehmer erhält zum Start auch ein individualisiertes Fahrrad-Trikot, auf dem – wenn er will – sein Name und der seiner Heimatstadt stehen. Neu ist zudem, dass mit der MSR Vereine, Institutionen und Helfer unterstützt werden, die sich an der Veranstaltung beteiligen. So wird es eine Abgabe geben, die sie vorzugsweise für die Jugendarbeit im jeweiligen Verein verwenden werden. Und mit der 90-Kilometer-Runde wird der Verein „Krebskranke Kinder in Not e.V.“ finanziell unterstützt, der von der Botschafte-



(v. l.) Mario Baumann, Detlef Koepke, Bianka Schimanski. Foto: Privat

rin der „Frauenrunde“, Katharina Stahn, ins Leben gerufen wurde.

Außerdem wird es ein umfangreiches Rahmenprogramm sowie eine Radsportmesse, die „SeenVelo Expo“, geben. Zudem steht die Sicherheit der Teilnehmer und im Notfall deren ärztliche Versorgung an oberster Stelle. Daher sind zahlreiche Streckenposten und Sanitäter für den Ernstfall vor Ort.

### Weitere Infos im Internet

Lorenz Caffier, Minister für Inneres und Sport in Mecklenburg-Vorpommern (MV), übernahm die Schirmherrschaft. Weitere Unterstützung kommt vom Landessportbund MV. Deren Geschäftsführer, Torsten Haverland, sieht touristisch einen großen Gewinn für die Region, was sich zum Beispiel in den zahlreich durchgeführten Hotelbuchungen zeigt.

Auf [www.mecklenburger-seenrunde.de](http://www.mecklenburger-seenrunde.de) können sich interessierte Kolleginnen und Kollegen ausführlich informieren und für die Tour anmelden. Details zur Streckenführung gibt es ebenfalls, nachdem die Behörden grünes Licht für die einzelnen Abschnitte gegeben haben.

**Mario Baumann,**  
Polizeiabschnitt 63, Berlin

## Zigaretenschmuggel im Visier – OK-Fachtagung von Polizei, Justiz und Zoll in Wildbad Kreuth

**Hinter dem sperrigen Titel „Bekämpfung der Organisierten Kriminalität unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des Zigaretenschmuggels“ verbarg sich eine sehr kompetent besetzte Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung im Wildbad Kreuth. Die fast 40 Experten von Polizei, Justiz und Zoll sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft gingen drei Tage intensiv der spannenden Frage nach, ob und wie die deutsche Sicherheitsarchitektur neu aufgestellt werden muss, um künftig dem Phänomen Organisierte Kriminalität (OK) national und international besser Herr zu werden. Gerade der groß angelegte Zigaretenschmuggel ist mit seinen lukrativen Verdienstmöglichkeiten, seinem viel zu geringen Verfolgungsdruck und im Zweifel auch geringen Strafen, ein finanziell stark lohnendes Betätigungsfeld der OK.**

Staatsanwälte, Polizei- und Zollbeamte erkannten anhand vieler Beispiele aus der Praxis, dass wirksamere Bekämpfungsstrategien zwingend voraussetzen, dass die Polizei- und Zollbehörden auf allen Ebenen noch enger zusammenarbeiten müssen. Die Staatsanwälte plädierten zudem für ein sogenanntes strafprozessuales Nachverfahren, das den Ermittlungsbehörden künftig auch nach der Verurteilung der Täter erlaubt, weitere Finanzermittlungen zum Aufspüren von Vermögen durchzuführen. Denn die wohl wesentlichste Triebfeder der OK ist die Gewinnerzielung. Deshalb ist gerade in der OK-Bekämpfung die Vermögensabschöpfung ein entscheidendes und empfindliches Instrument. Verbrechen lohnt sich nicht, sagt ein altes Sprichwort. Damit sich die Botschaft auch zur Realität entfaltet, muss die Politik endlich Farbe bekennen und die hierfür notwendigen Ressourcen bereitstellen sowie eine schon lange überfällige taugliche Sicherheitsarchitektur in Deutschland schaffen.

Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Zoll innerhalb der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Frank Buckenhofer, machte deutlich, dass der Gesetzgeber dafür Sorge zu tragen habe, dass für die Vollzugsdienste des Zolls endlich die erforderliche Augenhöhe zur Polizei hergestellt werden müsse. Die Zoll-Kontroll-, -Fahndungs- und -Ermittlungseinheiten seien eben kein fiskalischer Annex zur Steuererhebung, sondern vor allem unverzichtbarer

vollzugspolizeilicher Teil der deutschen Sicherheitsarchitektur, betonte Buckenhofer, der für die GdP an der Tagung teilnahm. Drogen-, Waffen- und Rauschgiftschmuggel und viele andere Straftaten im Zuständigkeitsbereich des Zolls, so auch die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung, sind Delikte, die allzu gern von Banden und OK-Gruppierungen zur illegalen Gewinnerzielung genutzt werden. Allein im Zuständigkeitsbereich des Zolls werden jährlich Milliarden Euro illegal umgesetzt und mittels Geldwäsche in den legalen Wirtschaftskreislauf zurückgeführt.

Diese Vermögen gilt es, gemeinsam von Polizei, Zoll, Justiz und den Finanzbehörden der Länder aufzuspüren. Hierbei könnte das Zollkriminalamt (ZKA), vergleichbar dem Bundeskriminalamt (BKA), eine wichtige Zentralstellenfunktion für die Steuerfahndungen der Länder übernehmen, indem es die Steuerfahndungen im nationalen und internationalen polizeilichen Informationsaustausch unterstützt.

Für Polizei und Zoll muss gelten: Mehr miteinander statt nebeneinander.

Der neue Bundestag sollte die nun laufende Wahlperiode dringend nutzen, der kommenden Regierung aufzutragen, eine moderne, verzahnte und leistungsstarke Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die gerade in der Bekämpfung der OK zu einer vernetzten Tautaufklärung, Gewinnaufspürung und Vermögensabschöpfung fähig ist. fb



# Designerdrogen

# Badesalz als Rauschgift

Nicht selten wird einem in einer strittigen Debatte vorgeworfen, man spreche nicht mit-, sondern übereinander. DEUTSCHE POLIZEI (DP) ging bei den Vorrecherchen zum folgenden Schwerpunkt-Thema einen anderen Weg. Wir haben einem „Legal-High“-Online-Shop, also einem Anbieter sogenannter Kräutermischungen, Badesalze, Wirkungsbooster oder Partypillen die gleichen Fragen gestellt, wie unseren hier zitierten Drogenexperten. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten, der Inhalt aber zu wünschen übrig: „High lieber Legal High Fan, wir freuen uns sehr, dass du dich bei uns meldest. Wir haben deine Nachricht dankend erhalten und melden uns spätestens innerhalb der nächsten 48 Stunden bei dir. Hightere Grüße – Dein „Firmenname“-Support-Team.“

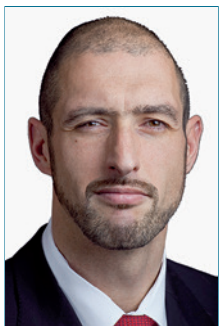
Die Homepage des Online-Shops informiert indes darüber, dass das Support-Team aus deutschen Muttersprachlern bestehe, „welche hier in den Niederlanden arbeiten und auch leben.“ Vielleicht hätte DP aber doch auf Tschechisch formulieren sollen, denn die versprochenen zwei Tage bis zur angekündigten Rückmeldung ließ das Unternehmen mit Sitz in Prag, so im Impressum vermerkt, verstreichen – bis heute.

Die DP-Autoren Christian Mirgel und Michael Nauth, nordrhein-westfälische LKA-Beamte mit breiter Erfahrung in der Arzneimittelkriminalität dagegen liefern Antworten, unter anderen auf die Frage: „Was sind „Legal Highs“?“

Von Christian Mirgel und Michael Nauth

Legal Highs ahmen die Wirkung und die Konsumform klassischer Drogen nach. Kräutermischungen mit chemischen Zusätzen sollen den Marihuana-Konsumenten ansprechen, Badesalze sollen Amphetamine ersetzen und Kräuterpillen wirken wie Ecstasy.

Kräutermischungen zum Beispiel enthalten pflanzliche Bestandteile, denen synthetische Wirkstoffe hinzugefügt werden. Die chemischen Zusätze, die bei Kräutermischungen flüssig aufgesprüht werden, unterliegen erst teilweise dem Betäubungsmittelgesetz (BtmG). Im Jahr 1997 hatte der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe festgestellt, dass diese synthetischen Drogen Arzneimittel sind. Das



Christian Mirgel

Foto: Privat

liegt daran, dass sie pharmakologisch wirksame Stoffe enthalten, die in ihrer Wirkung allerdings nicht untersucht sind. Über Wechselwirkungen oder Langzeitschäden ist nichts bekannt. Dem Konsumenten sind Inhaltsstoffe und Nebenwirkungen völlig unklar.

### Irreführende Vermarktung

Für die Legal Highs haben Anbieter eine irreführende Vermarktung entwickelt. Teilweise werden sie als Tee verkauft, andere Werbung behauptet, dass es sich um eine legale Alternative zu verbotenen Rauschgiften handelt. Die Substanzen werden mit fantasievollen Namen und in bunten Tüten über das Internet verkauft. Die Produkte sind seit 2004 auf dem Markt, zum Teil sehr wirksam und erzeugen einen starken Rausch. Durch besorgte Eltern und eine Berichterstattung in den Medien sind Legal Highs in kurzer Zeit sehr bekannt geworden. Die Diskussion um vermeintlich legales Rauschgift regte die Nachfrage sehr stark an, so dass der Markt zeitweise leergekauft war. Die Anzahl der Produkte ist inzwischen vierstellig, der Verkauf wird verstärkt über das Internet betrieben.

### Rauschgift, Arzneimittel – oder doch legal?

Die ersten Inhaltsstoffe sogenannter Legal Highs wurden 2008 identifiziert und im Jahr darauf dem Betäubungsmittelgesetz unterstellt. Seitdem gibt es einen Wettlauf zwischen Verkäufern, Strafverfolgern und dem Gesetzgeber, weil die Hersteller ihre Produkte stets geringfügig chemisch verändern oder völlig neue Substanzen auf dem Markt anbieten, um das Verbot zu umgehen.

Für jede veränderte Substanz muss derzeit eine Gesetzesanpassung erfolgen. Dieser Wettlauf könnte durch eine Gesetzesänderung und das Verbot ganzer Stoffgruppen gestoppt werden. Trotz vieler Initiativen ist diese Gesetzesänderung bisher nicht erfolgt. Auch wenn das Produkt noch nicht dem Betäubungsmittelgesetz unterliegt, machen sich Hersteller und Dealer strafbar, wenn dem Produkt eine pharmakologische Wirkung nachgewiesen werden kann.

Über die Wirkung der Produkte berichten viele Konsumenten in Internetforen. Wer sich über die Wirksamkeit

eines Produkts informieren will, schaut sich dort um. Hier berichten Konsumenten über ihre Erfahrungen mit den Produkten und diskutieren deren Wirksamkeit.

### Internethandel – anonym kaufen ohne Risiko?

Eine einfache Suche mit einer Suchmaschine nach Legal Highs ergibt viele Suchtreffer. Darunter auch Online-Shops. In den Shops sind aktuelle Produkte verfügbar. Diese können per Mausklick in den Einkaufswagen gelegt und anonym online bezahlt werden.

Ein reguläres Impressum haben die Seiten normalerweise nicht, zudem werden sie bei ausländischen Providern gehostet, die polizeiliche Anfragen nach dem Betreiber des Angebots nicht bearbeiten oder die Nutzerdaten nicht speichern. Dennoch gibt es gute Ermittlungsansätze:

„Die Anbieter von Legal Highs werben mit einem sicheren und anonymen Einkauf über das Internet“ sagt Klaus Kisters, ehemals Leiter „Zentrale Internetrecherche“ im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. „Hier setzen meine Mitarbeiter an. Sie suchen im Internet nach den Anbietern der illegalen Stoffe. Bei einem Verdacht sichern wir Beweise, stellen Tatverdächtige fest und geben unser Ergebnis an die örtlich zuständige Polizei weiter. Die weiteren Maßnahmen bei dem Hersteller und dem Dealer werden dann dort veranlasst. Wir ermitteln auf Basis der technischen Grundlagen des Internets und nehmen auch als potenzieller Kunde zu dem Täter Kontakt auf. So erhalten wir weitere Einzelheiten zu seiner Identität und seinem Aufenthaltsort. Wir arbeiten erfolgreich, dennoch werden unsere Ermittlungen durch fehlende Vorratsdaten, anonyme Bezahlmöglichkeiten und Verzögerungen bei Anfragen an ausländische Stellen erschwert“, nennt Kisters die Hemmschuhe für seine Ermittlungen. „Sicher fühlen kann sich dadurch keiner, denn wir ermitteln auch die Täter, die sich verschleiern



Michael Nauth

Foto: Privat

Anzeige







**Bunte Vielfalt: Das Landeskriminalamt NRW zeigt sichergestellte Legal Highs. Los ging es mit dem sogenannten Spice (Bild unten)**  
Fotos: Quelle – „LKA NRW, TD 51.2“

wollen. Das ist meist nur eine Frage der Zeit.“

### Wie werden Legal Highs zu Beweismitteln?

In den Strafverfahren müssen die Ermittler nachweisen, dass tatsächlich Rauschgifte oder Arzneimittel in den Verkehr gebracht wurden. Das gelingt oft nur, wenn die angebotenen Produkte analysiert werden können. Wenn Polizeibeamte bei einer Durchsuchung ein verdächtiges Produkt sicherstellen, schicken sie es zur Untersuchung ins LKA.

„Als forensisches Labor müssen wir uns bei der Analyse von Legal Highs auf immer neue Substanzen einstellen. Die Hersteller umgehen bewusst das deutsche Betäubungsmittelrecht, indem sie die dort verbotenen Stoffe nicht mehr verwenden“, weiß Dr. Dirk Seinsche, Leiter der Untersuchungsstelle im LKA NRW. „Oft nehmen die Täter Wirkstoffe aus der Pharmaforschung und davon abgeleitete Substanzen, über die in der wissenschaftlichen Fachliteratur berichtet wird. Diese werden dann in global agierenden Laboren synthetisiert. Während die Legal Highs zu Beginn des Phänomens in bunten Tütchen verkauft wurden, werden die Mittel nun auch ‚als Forschungschemikalien‘ in unbeschrifteten Verpackungen direkt an Konsumenten abgegeben. Wer das zu sich nimmt, begibt sich in große Gefahr. Wir betreiben einen hohen personellen und technischen

Aufwand. Wegen der oft nur geringfügigen Veränderungen in der chemischen Struktur des Wirkstoffs ist bei uns eine analytisch-chemische Feinarbeit erforderlich. Das erinnert mich an das Rennen zwischen Hase und Igel – in einer für uns besonders herausfordernden Variante.“

### Juristische Probleme in Deutschland und in Europa

Die Schwierigkeiten haben neben der nationalen Dimension auch eine europäische bekommen, sagt Jörn Patzak von der Staatsanwaltschaft in Trier. Er ist Spezialist für Rauschgiftkriminalität und befasst sich seit ihrem Erscheinen auch mit den Legal Highs. „Die Bundesregierung kann das Problem mit der Aufnahme nur einzelner Stoffe in die Anlagen des BtMG nicht in den Griff bekommen“, so Patzak zu der aktuellen Verfahrensweise. „Jahr für Jahr werden etwa 25 neue Stoffe in die Anlagen aufgenommen, es kommt aber derzeit beinahe jede Woche ein neuer Stoff auf den Markt. Dieser Entwicklung kann nur durch die Aufnahme von ganzen Stoffgruppen in die Anlagen zum BtMG entgegengewirkt werden“. Auch auf europäischer Ebene ist das Problem erkannt worden: „Die EU-Kommission beabsichtigt, die Ausbreitung der Legal Highs in einem mehrstufigen System zu bekämpfen. Solche Legal Highs, denen ein Nutzen als Arzneimittel zugesprochen wird, sollen nicht generell verboten werden. Sie unterliegen nur bestimmten

Zugangsbeschränkungen. Die gefährlichsten Stoffe dagegen sollen gänzlich verboten werden. Wie das in deutsches Recht umgesetzt werden soll, ist mir allerdings ein Rätsel.“

Andere Schwierigkeiten haben Polizei und Justiz schon heute. „Ausgehend von der Arzneimitteldefinition werden Legal Highs, die nicht dem BtMG unterfallen, als Arzneimittel eingestuft, da sie auf den menschlichen Körper einwirken. Damit konnte das Inverkehrbringen nach dem Arzneimittelgesetz strafrechtlich verfolgt werden. Derzeit ist aber umstritten, ob das zulässig ist. Es ist nämlich fraglich, ob nur solche Stoffe, die eine therapeutische Wirkung haben, dem Arzneimittelgesetz unterfallen.“ Genau diese Frage sollte der 3. Strafsenat des BGH entscheiden, hat die Fragestellung jedoch dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt. „Der BGH meint: Der Arzneimittelbegriff beruht auf einer europäischen Richtlinie – also soll die Rechtsfrage auch dort entschieden werden.“ Aktuelle



Ereignisse veröffentlicht Jörn Patzak fortlaufend auf seinem Internetblog [www.betaeuebungsmittelrecht.info](http://www.betaeuebungsmittelrecht.info).

### Wie entwickelt sich der Markt?

Die Zahl der Produkte steigt seit Jahren kontinuierlich. Inzwischen sind über 1.000 verschiedene Legal Highs bekannt. „Als Analyst für Rauschgift- und Arzneimittelkriminalität befasse ich mich auch mit der Entwicklung der Legal Highs. Neue Stoffe werden mit großer Schlagzahl auf den Markt gebracht. Daher finde ich es nicht überraschend, dass schon so viele Produkte dieser Art bekannt sind.“ Andreas Heisig arbeitet in der Auswertestelle



# STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenning** und **H. R. Henning**



**Format:** DIN A 5 Broschur

**Umfang:** 260 Seiten

**Preis:** 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich am im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.

33. Auflage 2012/2013

**Steuerfibel + CD-ROM**

**Paketpreis:** 19,80 € [D]

## Steuerbookware für den Polizeibereich (Paketangebot)

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM (Für Windows XP/Vista/7/8) Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!



## DIE AUTOREN

**Michael Brenning**, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater. Als Finanzbeamter sieben Jahre in verschiedenen Ressorts der Finanzverwaltung tätig; Studium an der Fachhochschule Mainz. Fünf Jahre Leiter einer Steuerabteilung in einem Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbüro. Seit 1.11.1990 Niederlassung als Steuerberater.

**Dr. Heribert R. Brenning** M. A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270

vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

für Rauschgift- und Arzneimittelkriminalität im LKA NRW. Dort hat er einen guten Überblick über die aktuelle Entwicklung. „Die meisten Produkte werden in harmlos aussehenden Verpackungen verkauft. Trotz identischer Markennamen und Aufmachung der Verpackung können die Inhaltsstoffe chemisch unterschiedlich sein und daher auch unterschiedlich wirken. Das macht die Folgen der Einnahme von Legal Highs unberechenbar. Die Konsumenten werden zu Versuchskaninchen für gefährliche und unerforschte Substanzen. Der anscheinend anonyme Kauf über das Internet und die scheinbare Legalität senken offenbar die Hemmschwelle der Käufer und machen Legal Highs so beliebt.“

### Hunderte schwere Vergiftungen und Todesfälle in Deutschland

„Dem Bundeskriminalamt (BKA) sind bisher mehrere hunderte Sachverhalte aus ganz Deutschland bekannt, bei denen es im Zusammenhang mit dem Konsum von verschiedenen Legal-High-Produkten zu teilweise schweren, mitunter lebensgefährlichen Intoxikationen kam“, erläutert Marion Gradowski. Die Kriminaldirektorin ist für das Referat SO22 im BKA zuständig. Dort befasst sie sich mit der Auswertung von synthetischen Drogen und der Arzneimittelkriminalität. „Die meist jugendlichen Konsumenten mussten mit Kreislaufversagen, Ohnmacht, Psychosen, Wahnvorstellungen bis hin zum Ausfall vitaler Funktionen wie Atmung und Puls in Krankenhäusern intensiv- und notfallmedizinisch behandelt werden. Auch traten schon Symptome wie Muskelzerfall und Beinlähmung der Nieren bis hin zu drohendem Nierenversagen auf. In mehreren Fällen bestand Lebensgefahr.“

Daneben kam es in einigen Fällen nach dem Konsum von Legal Highs zu aggressiven Reaktionen und unkontrollierten Übergriffen auf dritte Personen. In den vergangenen Jahren wurden auch mehrere Todesfälle in Deutschland im Zusammenhang mit dem Konsum beziehungsweise neuen psychoaktiven Substanzen bekannt. „Dabei handelt es sich sowohl um Überdosierungen als auch Selbsttötungen oder Tötungsdelikte unter dem Einfluss dieser Wirkstoffe“, so Gradowski.

Das wundert nicht, wenn die Her-

stellung der Produkte genauer betrachtet wird. Die enthaltenen synthetischen Wirkstoffe sind in der Regel gänzlich unerforscht. Bei dem Konsumenten wird durch die geschickte Aufmachung der Eindruck erweckt, er konsumiere ein professionell her-

lichen Langzeitschäden, Suchtpotenzial und ähnlichem vor“, erklärt Gradowski: Ein Ende dieser Entwicklung sei vor dem Hintergrund der immensen Fülle an missbrauchsfähigen Substanzen und der enormen Gewinne, die mit dem Verkauf dieser Substanzen



**Dem Inhalt auf der Spur: Gaschromatographische Analyse von Betäubungsmitteln im LKA-Labor.**  
Foto: Quelle – „LKA NRW, TD 51.2“

gestelltes, harmloses Produkt, welches aufgrund seiner vermeintlichen Legalität keine gesundheitsgefährdenden

erzielt würden, nicht absehbar. Daher müsse vor dem Konsum der Produkte gewarnt werden.

**„Der Konsum dieser Substanzen ist zur Zeit noch gering, auf keinen Fall kann man von einem Massenphänomen sprechen. Es ist gut möglich, dass die Substanzen in der Szene verharmlost werden, das gilt aber für andere Substanzen ebenfalls.“**

**Christine Köhler-Azara,  
Drogenbeauftragte  
des Landes Berlin**

Stoffe enthalte. „Bei den in den Legal-High-Produkten enthaltenen chemischen Wirkstoffen handelt es sich jedoch meist um Chemikalien aus der Pharmaforschung, die aufgrund von beispielsweise hoher Toxizität oder starken Neben- und Wechselwirkungen nie zur Zulassung kamen. Zu diesen wissenschaftlich unerforschten Substanzen liegen nach wie vor keine verlässlichen Daten zu gesundheit-

### Vollrausch im Straßenverkehr – Nachweis fast unmöglich

„Der bloße Konsum kann nicht zu einer Ordnungswidrigkeitsanzeige nach Paragraph 24a Straßenverkehrsgesetz (StVG) führen“, sagt Nadine Hauptmann vom Verkehrsdienst im Rhein-Erft-Kreis, „dafür müssten die Rauschmittel in der Anlage zum Paragraphen enthalten sein“. Das führt zu der Situation, dass ein Fahrzeugführer völlig berauscht ein Auto fährt, ohne dass es eine Möglichkeit der Ahndung gibt. „Nur wenn Ausfallerscheinungen oder eine Gefährdung hinzukommt, können wir wegen eines Verstoßes gegen Paragraphen 316 Strafgesetzbuch (StGB)/315c StGB tätig werden.“ Auch hier gibt es bei dem Beweis einer Gefährdung des Straßenverkehrs Probleme, einen genauen Nachweis des berauschtenden Mittels zu führen. Hauptmann: „Ich muss nach der Entnahme einer Blutprobe auf dem Untersuchungsbogen ganz genau beschreiben, um welche Substanz es sich möglicherweise handelt. Das ist schwierig, zumal nicht immer ein Rest des Rauschmittels bei dem Fahrzeug-



# WISSEN SCHAFFT VORSPRUNG!

Wir sind Ihr Partner, wenn es um zuverlässige und aktuelle Fachliteratur für die Aus- und Fortbildung und die tägliche Praxis der Polizei geht. Ob Loseblattwerke, Fach- und Sachbücher, ob CDs oder DVDs – bei uns werden Sie fündig! Bequem bestellt, preiswert und schnell.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270

vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

fürher gefunden wird oder Angaben zu dem Konsum gemacht werden.“ In der Praxis ist eine Entscheidung sehr schwierig, da es keine Drogenschnelltests gibt, die vor Ort durchgeführt werden können. „Manchmal gibt es Hinweise, dass mit einem Fahrer etwas nicht stimmt, doch wir können außer unserem Eindruck keinen weiteren Hinweis gewinnen. Auf dem Markt gibt es derzeit erst einen Drogenschnelltest, der ein bestimmtes Legal High detektieren kann – aber dieses Produkt ist schon lange nicht mehr auf dem Markt.“ Die Probleme in der täglichen Praxis der Verkehrssicherheitsarbeit haben dieselben Ursachen wie die Probleme in der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität. Die Gesetzgebung hinkt hinterher, so dass es für Straftaten rund um solche synthetischen Drogen keine ausreichende Rechtsgrundlage gibt.

### Arzneimittelkriminalität boomt

„Nicht nur der Handel mit Legal Highs ist für Kriminelle interessant. Gefälschte Arzneimittel, Dopingwirkstoffe, Legal Highs – das lukrative Geschäft mit illegalen Arzneimitteln boomt wie nie zuvor“, sagt Andreas Jorke, der sich aktuell im LKA NRW mit einer Strukturanalyse zum Thema Arznei- und Dopingkriminalität befasst. „Für alle Substanzen gilt, dass Risiken und Nebenwirkungen für den Konsumenten nicht kalkulierbar sind. Es handelt sich um undefinierbare Mogelpackungen, deren chemische Zusammensetzung, Dosierung und Reinheitsgehalt ungewiss sind.“

Der Handel mit den Produkten ist für die kriminelle Szene sehr reizvoll. Die erhofften Wirkungen liegen voll im Trend und die Gewinnmargen sind deutlich höher als bei klassischen Drogen. Das Risiko für Kriminelle fällt wegen eines kaum vorhandenen Verfolgungsdrucks und einer moderaten Strafandrohung nach dem Arzneimittelgesetz vergleichsweise gering aus. Insbesondere auf Grund des stark expandierenden Internet-handels gewinnt dieses Kriminalitätsfeld in Europa – und im Zuge dessen auch in Deutschland – immer mehr an Bedeutung. Stetig steigende Sicherstellungszahlen belegen deutlich die Lukrativität der kriminellen Geschäfte mit illegalen Arzneimitteln und ein wachsendes Absatzpotenzial.“

## „Psychonauten“ und „Kiffer 2.0“

*Entspannung, die legale Erhältlichkeit, Neugierde und der Rausch sind laut einer von Dr. Bernd Wersé auf den Suchttherapietagen 2012 in Hamburg vorgestellten Präsentation zu Legal Highs die wesentlichen Konsumotive für den Gebrauch neuer psychoaktiver Substanzen. Weit über die Hälfte der Konsumenten, so der promovierte Diplom-Sozialwissenschaftler, gaben in einer Online-Befragung an, Nebenwirkungen wie Herzrasen (64 Prozent) und Kreislaufprobleme (52 Prozent) erlitten zu haben. Wersé ist seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Mitbegründer des „Centre for Drug Research (CDR)“, das als Einrichtung sozialwissenschaftlicher Drogenforschung dem Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung der Goethe-Universität in Frankfurt/Main angegliedert ist. CDR-Kooperationspartner ist das Institut für Rechtsmedizin der Universität Freiburg. Leiter des Arbeitsbereichs „Forensische Toxikologie“ ist der Privatdozent Dr. rer. nat. Volker Auwärter. Der Diplom-Chemiker tritt auch als Sachverständiger bei Drogenprozessen auf und war Ende vergangenen Jahres als Drogenexperte Gast der RTL-Sendung „stern TV“. Für DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprach Michael Zielasko mit den Wissenschaftlern:*

**DP: Welchen Stellenwert haben heute „Badesalze“ oder „Raumdüfte“ auf dem deutschen Drogenmarkt?**

**Wersé:** Insgesamt gesehen vermutlich einen ziemlich geringen. Leider gibt es immer noch sehr wenige belastbare Befragungsdaten dazu, aber im Vergleich machen die neuen psychoaktiven Substanzen wohl nur einen kleinen Teil des Marktes für illegale Drogen aus.

**Auwärter:** Es gibt seit einigen Jahren eine offenbar recht stabile Nachfrage, allerdings auf niedrigerem Niveau, als dies manchmal angenommen wird. Die meisten Konsumenten halten sich nach wie vor an die klassischen illegalen Drogen und lediglich bestimmte Usergruppen fühlen sich von diesen Produkten angezogen, wobei es auch starke regionale Unterschiede zu geben scheint.

**Wersé:** Zum Beispiel hatten 2012 sieben Prozent der 15- bis 18-Jährigen in Frankfurt Konsumerfahrungen mit sogenannten Räuchermischungen – das ist die am stärksten verbreitete Produktklasse, die als Cannabisersatz verwendet wird –, zwei Prozent haben zum Zeitpunkt der Befragung diese auch im vorherigen Monat konsumiert. Im Vergleich dazu hatten 38 Prozent schon einmal Cannabis konsumiert, 19 Prozent taten dies auch im Monat zuvor.

**Auwärter:** Interessant sind diese Drogen vor allem für Personen, die sich Drogentests unterziehen müssen

oder diese im Rahmen von Straßenverkehrscontrollen fürchten, da die üblichen Schnelltests nicht in der Lage sind, einen Konsum zu detektieren. Generell kann man sagen, dass bisher „Räuchermischungen“, die synthetische Cannabinoide enthalten und als Cannabisersatz geraucht werden, wesentlich stärker verbreitet sind als die Drogen aus dem Bereich der Stimulanzien wie „Badesalze“, also meist Cathinonderivate, die in Form kristalliner Pulver geschnupft werden.

**DP: Welche Steigerungsraten haben Sie feststellen können?**

**Wersé:** Steigerungsraten gab es vermutlich nur in der ersten Zeit des Phänomens, nachdem mit „Spice“ ein Produkt stark in den Medien präsent gewesen war.

**Auwärter:** Genau. Nach dem Medienhype 2008, durch den es zu einem regelrechten Run auf diese Produkte gekommen war, gingen die Fallzahlen tendenziell eher zurück, um nun seit einigen Jahren auf einem relativ stabilen Niveau zu bleiben.

**Wersé:** Nach dem Spice-Verbot Anfang 2009 kamen zahlreiche neue Produkte aus allen Wirkstoffklassen auf den Markt; in dieser Zeit erhöhte sich die Zahl der Probierer aber wohl nur in geringem Maße. Lediglich die kleine Gruppe der regelmäßig Konsumierenden wuchs wohl in etwas stärkerem Ausmaß.

>



## DESIGNERDROGEN

**DP: Von wie vielen Abhängigen und Konsumenten gehen Sie in Deutschland aus?**

**Auwärter:** Grob geschätzt dürfte es sich um rund 100.000 Bundesbürger handeln. Man kann davon ausgehen, dass von diesen Personen wiederum nur ein Bruchteil die Kriterien einer Abhängigkeit erfüllt. Genauere Erhebungen liegen hierzu nicht vor.



**Dr. Volker Auwärter**  
Foto: Privat

**Werse:** Bei diesen Drogen geht die Schere zwischen Probierern und regelmäßigen Konsumenten oder auch Abhängigen besonders deutlich auseinander, das heißt, es gibt unter denjenigen, die es mal probieren, besonders wenige, die weiter konsumieren. Während man bei Jugendlichen, wie angedeutet, von rund fünf bis zehn Prozent Probierern ausgehen kann, bewegt sich das unter Erwachsenen eher im Bereich von ein bis zwei Prozent. Was die regelmäßigen Konsumenten angeht, Dr. Auwärter hatte dies ja bereits angesprochen, gibt es deutliche Schwerpunkte in den Regionen, die für eine besonders repressive Durch-

setzung des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) bekannt sind: Insbesondere Bayern ist bei unseren Befragungen zum Thema stets deutlich überrepräsentiert. Und während wir aus Frankfurter Beratungsstellen bis dato von keinem einzigen problematischen oder abhängigen „Räuchermischung“-Konsumenten gehört haben, ist dies in Nürnberg oder München wohl praktisch an der Tagesordnung. Eingeschränkte Verfügbarkeit und höhere Preise von Cannabis sowie generell ein erhöhtes Strafverfolgungsrisiko führen also dort zu einem verstärkten Ausweichen auf Alternativprodukte. Insgesamt kann man, je nachdem wie man „Konsument“ beziehungsweise „regelmäßiger Konsument“ definiert, grob geschätzt bundesweit von einigen tausend bis einigen zehntausend Personen ausgehen.

**DP: Gibt es aus Ihrer Sicht ausreichende Präventionsmaßnahmen zur Aufklärung vor den Gefahren und Folgen der Badesalze?**

**Auwärter:** Momentan wird auf diesem Gebiet sicherlich nicht genug getan. Allerdings muss man hier sorgfältig abwägen, ob Aufklärungskampagnen nicht ungewollt zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für diese Drogen führen, die auch zu einem Konsumanreiz werden kann.

**Werse:** Ja, dem stimme ich zu. Generalprävention, also solche, die sich an alle jungen Leute richtet, ist in Bezug auf Legal Highs eher problematisch, da die meisten ohnehin nichts mit dem Thema zu tun haben und zum Beispiel durch Plakatkampagnen womöglich eher erst mit diesen potenziell gefährlichen Substanzen bekannt gemacht würden.

**Auwärter:** Wichtig ist auch, dass ausgewogen aufgeklärt wird und nicht nur Schreckensszenarien verbreitet werden. Besonders Schüler und Jugendliche nehmen Aufklärung sonst nicht ernst.

**Werse:** Wir arbeiten derzeit selbst im Rahmen eines EU-Projektes an der Weiterentwicklung von Prävention. Dabei geht es in erster Linie um Personen, die bereits mit den Drogen in Berührung gekommen sind, sowie deren Angehörige, für die insbesondere online Informationen und Beratung zur Verfügung gestellt werden. Für diejenigen, die sich für das Thema interessieren, sollten sachliche Informationen leicht zugänglich sein.



**Dr. Bernd Werse**  
Foto: Privat

## Reise & Erholung



**Sommer Abenteuer bei uns**  
**TOP ANGEBOT**  
Canyoning & Raftingtour  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 ÜF / Pension, DU-WC  
Preis pro Person ab € 161  
Ermäßigungen f. Polizeigruppen  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at  
Telefon: 0043 5252 6721

**Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen**  
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)

**Luftkurort Wiesmoor (Ostfr. Nordsee)**  
Ruhige Lage am Golfplatz, NEUES FH mit  
3 FEWOs (40+60+100 qm) und TOP-Ausstattung;  
Kollagenachlass!  
Tel. 0 49 44/3 06 89 90 oder 01 73/9 13 19 90  
[www.urlaub-am-golfplatz.de](http://www.urlaub-am-golfplatz.de)

**Mittlerer Schwarzwald**  
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos,  
50–90 m<sup>2</sup>, für 2–6 Pers., ab 35 €/Tag,  
(Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unse-  
rem Schwarzwaldtal viele interessante  
Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark,  
Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger  
Wasserfälle) in nächster Umgebung  
und **Natur pur**. Hausprospekt unter  
Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66  
Machen Sie sich ein Bild unter  
[www.mittelschwarzwald.de](http://www.mittelschwarzwald.de)  
Sie werden begeistert sein!

**Franken** b. Bamberg, eig. Metzgerei.  
Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/  
WC/TV, HP 5 Tage ab 155,- €. Tel. 0 95 35/  
2 41, [zur-sonne-urlaub.de/Prospekt](http://zur-sonne-urlaub.de/Prospekt) anford.

**Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf**  
**Ferienchalet Heidehof**  
Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers.  
in schöner Jugendstilvilla. Fahrradverleih,  
Dreiländereck, D/PL/CZ, Fam. Zein,  
Tel.: 03 58 44/7 27 23.  
[www.heidehof-jonsdorf.de](http://www.heidehof-jonsdorf.de)

**MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT**  
Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05  
[www.mauritius-traumvilla.de](http://www.mauritius-traumvilla.de)

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,  
am Süstrand,  
50 m z. Promenade, Kabel-TV  
Preise gem. Saison  
Telefon: 040/6784581  
[www.fehmarn4family.de](http://www.fehmarn4family.de)

**THAILAND [www.royalsiamgolf.de](http://www.royalsiamgolf.de)**  
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)



**Individuelle Programm-**  
**zusammenstellung und Betreuung**  
Basis im Dorfkern am Wasser  
mit Chill-Out Wiese für  
gemütliches Bierchen am Abend.  
Eigene Zimmer an der Basis.  
Besuch der weltbekannten  
Area 47  
Organisator frei !!!  
Telephone: 0043 52688080  
E-mail: [office@wiggli-rafting.at](mailto:office@wiggli-rafting.at)  
[www.wiggli-rafting.at](http://www.wiggli-rafting.at)



**Sommerpauschale**  
„All in One“  
gültig vom 19.6. bis 30.9.2014  
**1 Woche Halbpension + Silvrettagcard ab 280 €**  
Alle Bergbahnen im ganzen Paznaun/Silvretta gratis,  
Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour,  
gef. Wanderungen inkl. Wellness, Swimming Pool,  
gratis WLAN und Mountainbikeverleih.  
Super Programm f. Kinder u. Jugendl. Kinderermäßigungen!  
**Neu: Badesee und Freizeitanlage**  
**Hotel Post \*\*\***  
Fam. Handle  
**A - 6553 SEE**  
Tel. +43-5441-8219  
Fax +43-5441-8219-4  
[www.postsee.at](http://www.postsee.at)  
info@postsee.at



**DP: Wird die Droge in der Szene ver-harmlost und wie gefährlich sind diese Designerdrogen wirklich?**

**Werse:** Verharmlost wurden Produkte aus diesem Bereich vor allem zu Beginn des Phänomens, als noch gar nicht bekannt war, was in „Spice“ als Wirkstoff enthalten war – hier gab es Pressemeldungen wie „Legales Kiffen mit der neuen Bio-Droge“. Erst danach wurde bekannt, dass es sich um alles andere als eine Bio-Droge handelt. Nicht auszuschließen ist, dass sich auch heute noch einige junge Leute durch die harmlos wirkende Aufmachung von Räuchermischungen oder anderen Produkten blenden lassen.

**Auwärter:** Die Aufmachung der Produkte suggeriert in Verbindung mit der leichten Verfügbarkeit über Internetshops, dass es sich um ungefährliche „Ersatzdrogen“ handelt. Diese Einschätzung ist aber leider falsch. An der Häufigkeit behandlungsbedürftiger Intoxikationen lässt sich leicht ablesen, dass es insbesondere aufgrund von Dosierungsproblemen, zum Teil aber auch aufgrund der extremen Wirksamkeit dieser Drogen, zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen kommen kann.

**Werse:** Da die Drogen allerdings nicht mehr offen in Läden verkauft werden und ein gewisser Aufwand damit verbunden ist, sich Legal Highs im Internet zu besorgen, – wo der Handel im Übrigen eigentlich auch verboten ist – kann man davon ausgehen, dass die meisten Konsumierenden durchaus Bescheid darüber wissen, dass sie synthetische Substanzen zu sich nehmen. Die synthetischen Cannabinoide in Räuchermischungen sind durchweg gefährlicher als das in Haschisch oder Marihuana enthaltene THC: Bei Überdosierungen treten weitaus schwerwiegendere körperliche Symptome bis hin zu komatösen Zuständen auf; auch einzelne Todesfälle gab es bereits – das ist bei Cannabis gänzlich unbekannt. Bei anderen Legal-High-Substanzen, zum Beispiel Phenylethylaminen, also Amphetamin ähnlichen Drogen, sind die Risiken teils ähnlich, teils größer als bei gängigen illegalen Drogen. Eine zusätzliche Gefahr ist die unterschiedliche Wirkdosis, die bei manchen dieser Substanzen bei einigen Milligramm, bei anderen bei einigen hundert Milligramm liegt, wodurch das Risiko einer versehentlichen Überdosis erhöht ist. Über mögliche Langzeitfolgen ist aufgrund der Neuartigkeit noch gar nichts bekannt.

**Auwärter:** Man darf nicht vergessen, dass die überwiegende Mehrzahl dieser Substanzen weder toxikologisch noch umfassend pharmakologisch charakterisiert wurden. Insbesondere Folgen eines fortdauernden Konsums sind daher nicht absehbar.

**DP: Was muss aus Ihrer Sicht getan werden?**

**Werse:** Angesichts der Grenzenlosigkeit des Internets ist es sehr schwierig, überhaupt etwas gegen den Handel mit diesen Substanzen zu unternehmen, zumal sie nicht unter globaler Kontrolle stehen. Eine der beiden zentralen Konsumentengruppen, die sogenannten Psychonauten, also besonders experimentierfreudige Drogenkonsumenten, ließen sich vermutlich ohnehin kaum durch weitere Einschränkungen der Verfügbarkeit vom Konsum abhalten. Die andere, vermutlich weitaus größere Gruppe, die wir „Kiffer 2.0“ genannt haben – Cannabiskonsumenten, die zeitweise oder dauerhaft auf die synthetische Alternative ausweichen – würde vermutlich komplett den Konsum dieser gefährlichen Substanzen einstellen, wenn Cannabis zum Eigengebrauch vollständig entkriminalisiert würde. Insofern ist das Legal-Highs-Phäno-

men ein weiteres Argument für eine grundsätzliche Überarbeitung der Drogengesetze. Seit einigen Jahren werden ja derartige Forderungen auf nationaler und internationaler Ebene immer vehementer erhoben, zum Teil auch von Vertretern der GdP – meiner Ansicht nach völlig zu Recht.

**Auwärter:** Wichtig ist, dass Betroffene, die Hilfe beziehungsweise Informationen suchen, auf entsprechende Angebote zugreifen können.

[www.legal-high-inhaltsstoffe.de](http://www.legal-high-inhaltsstoffe.de) heißt die Webseite mit der wir versuchen, im Rahmen eines von der EU geförderten Projekts hier ein Angebot zu schaffen. Dringender Handlungsbedarf besteht aus meiner Sicht auch im Hinblick auf die Gesetzeslage. Der Prozess der Aufnahme neuer Substanzen in die Anlagen des BtMG ist viel zu langwierig und kann dem Phänomen nicht gerecht werden. Auf der anderen Seite steht auch die Einstufung als Arzneimittel juristisch offenbar auf eher schwachen Beinen. Zu dieser Frage steht momentan eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aus. Hier wären klare, dem Problem angepasste Regelungen wünschenswert, die schnelle Reaktionen ermöglichen.

**DP: Dr. Werse, Dr. Auwärter, vielen Dank für dieses Gespräch.**

## „Es ist wichtig, Konsummuster und Konsummotive zu verstehen“

*Astrid Leicht ist im Thema – und das jeden Tag. Sie leitet den Berliner „Fixpunkt e. V.“, einen Träger von Projekten der Gesundheitsförderung und Suchthilfe mit dem Schwerpunkt „Infektionsprophylaxe“. Arbeitsbereiche, so Fixpunkt e. V. auf seiner Homepage, sind der Betrieb von Spritzenautomaten, niedrigschwellige mobile sozialarbeiterische und medizinische Unterstützung zur Schadensverminderung und Infektionsprophylaxe im Kontext von Drogenkonsum, medizinisch betreuter Drogenkonsum, Zahnprophylaxe und die Förderung der Selbstorganisation von Drogengebraucher/innen. In DEUTSCHE POLIZEI berichtet die Expertin von ihren Erfahrungen und gibt Einschätzungen zur Drogenkonsumlage. Sie sagt: „Unsere Gesellschaft hat die Probleme mit Drogen, die sie verdient“:*

Die „Kulturdrogen“ Alkohol und Nikotin stehen unangefochten auf Platz 1 der toxischen Substanzen und der Schäden, die durch Missbrauch und Sucht beim Einzelnen und in der Gesellschaft verursacht werden. In den vergangenen Jahren sind der nicht-medizinische Gebrauch legal verfügbarer und leistungssteigernder Subs-

tanzen im Sport (anabole Steroide), beim Sex (Viagra) und im Arbeits- und Alltagsleben (Amphetamine) zunehmend hoffähig geworden. In der medizinischen Fachwelt diskutiert man über die Potenziale und ethischen Fragen der ärztlich verordneten geistigen Leistungssteigerung, neudeutsch „Neuroenhancing“.



## DESIGNERDROGEN

Auch der illegale Markt ist in Bewegung gekommen. Der Verfolgungsdruck und die Findigkeit des Schwarzmarktes führte dazu, dass „bewährte“ Substanzen mit einem überschaubaren und mehr oder weniger beherrschbaren Risikospektrum durch unbekannte und hochriskante beziehungsweise gefährliche Substanzen (häufig handelt es sich um unerforschte „Research chemicals“) ersetzt werden. Methamphetamin („Crystal“) ist in Regionen, die bislang eher „drogenarm“ waren, günstig zu haben. Konsument/innen, die das Risiko polizeilicher Ermittlungen scheuen, glauben sich mit dem Erwerb von Legal Highs („Badesalze“, „Felgenreiniger“, „Spice“) auf der sicheren Seite.

Heroinabhängige greifen nach Ersatz-Substanzen, die mit weniger Risiko und billiger zu kriegen sind. Experimentierfreudige „Psychonauten“ und Subkulturen, zum Beispiel in der schwulen Community, sind stets auf der Suche nach neuen Erlebnissen. Das Internet bietet vielfältige Möglichkeiten, auch ohne den mittlerweile geschlossenen Internet-Schwarzmarkt „Silk Road“.

### Suchthilfe vor neuen Herausforderungen

Spektakulär wirkende Trends sind noch beschränkt auf bestimmte Regionen (zum Beispiel Crystal Meth in der deutsch-tschechischen Grenzregion), Gelegenheiten (zum Beispiel Partys, akute Verknappung der gewohnten Substanz auf dem Markt) oder Gruppierungen („Psychonauten-Szene“, Teilpopulationen in der schwulen Subkultur). Insofern ist die Suchthilfe gut beraten, dem Medienhype nicht zu folgen, sondern sachbezogen die Situation vor Ort zu betrachten und regional passende präventive und helfende Interventionsformen anzupassen beziehungsweise zu entwickeln.

Leicht hat es die Suchthilfe aber nicht: Die Datenlage ist miserabel beziehungsweise nicht existent. Es gibt nur wenige Ausnahmen, so das kontinuierliche Monitoring in Frankfurt am Main oder eine in Auswertung befindliche Studie im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums zur Verbreitung von Methamphetamin in Deutschland. Die letzte Erhebung

zur Suchtproblematik in Berlin wiederum datiert aus 2006. Neue Daten werden dieses Jahr erwartet und es ist fraglich, ob sich daraus die notwendigen Detailinformationen zu Trends herauslesen lassen. Weder Polizei noch die Suchthilfe erheben passende Daten zur Verbreitung, zu „neuen“ Konsummern und Substanzen und daraus resultierenden Gefahren. In Berlin werden noch nicht einmal bereits vorliegende Informationen zum Verbreitungsgrad und Reinheitsgehalt beschlagnahmter Substanzen durch forensisch-toxikologische Untersuchungen der Suchthilfe zugänglich gemacht.

Eine systematische Erhebung und Auswertung von Daten ist aber notwendig und die Grundlage für Fachbehörden und Hilfseinrichtungen, um die benötigten Ressourcen bereitzu-



**Astrid Leicht**  
Foto: Privat

## Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,

seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen

**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtdarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte 6.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

# www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen**  
**Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 02 31/9 14 51 45

**BARGELD** noch HEUTE!  
**Tel. 02 01/22 13 48**  
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100 000  
• Laufzeit bis 240 Monate  
• ohne Auskunft bis 10 000  
45127 Essen · Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**Caritas international**  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)  
Spendenkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75  
**Diakonie Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Diakonie Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
**www.1a-Beamtendarlehen.de**  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD  
**0800-040 40 41**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren  
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholz  
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseko





stellen und die Präventions- und Versorgungsstrukturen passgenau auf die regionale Situation auszurichten.

Hinzu kommt, dass es zu den neuen psychoaktiven Substanzen tatsächlich keine wissenschaftlich abgesicherten Informationen gibt. Auch die Fachkräfte der Suchthilfe sind deshalb neben der Aufbereitung der verfügbaren biochemischen und medizinischen Fachinformationen zu solch kompliziertem Detailwissen wie Molekülgruppen und neurophysiologischen Prozessen auch auf anekdotische Berichte von Konsument/innen und Internet-Foren angewiesen.

Besonders bedauerlich ist die Situation in der Bundeshauptstadt Berlin: Obwohl von der Landesregierung als Touristenmagnet, Trendsetter und „Partyhauptstadt“ gepriesen, wird das Gefahrenpotenzial der neuen Drogentrends in der stark ausdifferenzierten Party- und Club-Kultur und anderen Subkulturen unterbewertet, indem weggeguckt oder unbeweglich auf das Bewährte verwiesen wird.

Wen wundert es, dass dann auch viele Konsument/innen selbst uninformiert und ahnungslos-leichtsinnig mit unbekanntem Drogen hantieren. Mangels fachlich fundierter Informationen bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich auf ihre eigenen fünf Sinne oder Informationen ihrer Peers oder gar Dealer zu verlassen. Einer Verharmlosung oder Unverletzlichkeitsphantasien wird mangels professioneller Information und Beratung damit Bahn gebrochen.

### Was muss getan werden?

Die Suchthilfe muss Trends stets aufmerksam beobachten und möglichst vorausschauend agieren oder wenigstens reagieren und dabei von den zuständigen Behörden mit fachlicher Kompetenz begleitet und mit notwendigen Ressourcen ausgestattet werden.

Die Suchtprävention in ihren unterschiedlichen Ausprägungen („universell“, „selektiv“, „indiziert“) hat unverändert ihre hohe Daseinsberechtigung. Der Konsum von erlaubten oder verbotenen psychoaktiven Substanzen ist aber nicht mit Sucht gleichzusetzen. Risiken und Gefahren können bereits bei einem einmaligen und nicht-suchtgefährlichen Gebrauch bestehen wie Autofahren im Vollrausch. Genauso wichtig wie die Prävention ist deshalb

die glaubwürdige Informationsvermittlung. Dabei muss auch die Suchthilfe darauf achten, nicht in die Falle zu tappen, häufig kolportierte Falschinformationen, zum Beispiel zu „KROK“ im Jahr 2012, und Begriffe, so „Badesalze“ als Oberbegriff für völlig unterschiedliche Substanzen, ungeprüft und unkommentiert weiterzugeben.

Eine „Drogenprävention“ ist unrealistisch. Es muss darum gehen, die persönlichen Kompetenzen im Umgang mit Drogen zu stärken (Drogenmündigkeit). Der bewusste Verzicht auf

up-Markts „synthetische Drogen“ ist. Interessant ist aus meiner Sicht die Überlegung, mit staatlicher Lizenzierung und Überwachung den Cannabis-Vertrieb zu regulieren.

Dies könnte gute Chancen bieten, der weiteren Verbreitung synthetischer Cannabinoide entgegenzuwirken und Millionen von Cannabis-Kund/innen dem illegalen Markt in Deutschland zu entziehen. Ich würde mir zudem – weitere – Initiativen aus der Polizei heraus wünschen, die eine sachliche Erörterung neuer beziehungsweiser



**Proben mit Drogen versetzter Kräutermischungen präsentiert das Landeskriminalamt Mainz auf einem Labortisch. Im Dezernat Chemie des LKA werden jährlich tausende Drogenfunde analysiert.**  
Foto: Fredrik von Erichsen/dpa

Drogen ist eine Vorsichtsmaßnahme; die Einnahme von Drogen in einem risikoreduzierten Setting ist eine andere Option.

Die Feststoff-Substanzanalyse für Konsumierende, auch „Drugchecking“ genannt, bietet in Verbindung mit einer obligatorischen individuellen Risikoberatung weitere Möglichkeiten, der Verbreitung schädlicher Drogen und Konsummuster entgegenzuwirken.

Ob permanente Änderungen des BtMG, bei denen immer neue synthetische Substanzen verboten werden, dem Verbraucherschutz und der Suchtprävention dienen oder eher ein hilfloser „Hase-und-Igel“-Versuch nach dem Motto „Mehr vom Gleichen wird irgendwann helfen“ ist, muss fachlich diskutiert und ebenfalls wissenschaftlich untersucht werden. Dabei muss dringend die Frage geklärt werden, inwieweit das Verbot bewährter, wenn auch nicht gesunder oder risikoarmer, Substanzen der eigentliche Motor für die gefährliche Entwicklung des Start-

zusätzlicher Formen der Drogenkontrolle einfordern.

Selbst langjährig erfahrene Fachkräfte der Drogen- und Suchthilfe müssen sich erheblich weiterbilden und mit dem ausdifferenzierten Substanzspektrum beschäftigen. Es ist wichtig, Konsummuster und Konsumotive zu verstehen, um dann passende präventive oder therapeutische Interventionen entwickeln oder Hilfen anbieten zu können. Für die Vorbeugung und medizinische Behandlung von Überdosierungen, psychischen oder körperlichen Folgeerkrankungen ist es wichtig, Substanzen in das Wirkungsspektrum einordnen zu können.

Immerhin: Die Bundesregierung hat erkannt, dass es einen besonderen Handlungsbedarf im Bereich der synthetischen Drogen gibt und dass sowohl Präventions- und Behandlungseinrichtungen als auch Strafverfolgungsbehörden vor Herausforderungen stehen.



# Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.

## Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



## Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.

## Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner



# www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**

Das Präventionsportal  
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174  
av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

# Trend zum Misstrauen in den Rechtsstaat nicht unterstützen

**Nicht immer, aber immer wieder, müssen sich Polizei und Justiz mit den gleichen Fragen, Problemen und Vorwürfen beschäftigen. Das bestätigte ein erneutes Treffen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit dem Präsidium des Deutschen Richterbundes (DRB) zum Jahreswechsel in Berlin. Dabei wurden auch kritische Themen nicht ausgespart, wie der häufig in der Öffentlichkeit erhobene Vorwurf, Polizei und Justiz steckten „unter einer Decke“, weshalb ein Großteil der Strafverfahren gegen Polizeibeamte, in der Regel wegen Körperverletzung im Amt, von der Staatsanwaltschaft eingestellt würde.**

Als Konsequenz daraus fordern unter anderem Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen mehr Kontrollen von „unabhängigen“ Instanzen zur Begleitung von Ermittlungen gegen Polizeibeamte über „Demonstrationsbeobachter“ bis hin zu Namensschildern für die eingesetzten Beamten.

Die stellvertretende DRB-Vorsitzende Andrea Titz, Richterin am Oberlandesgericht in München und Gerichtssprecherin im NSU-Verfahren: „Der Vorwurf der Kumpanei ist an den Haaren herbeigezogen. Die Realität sieht anders aus. Die Einstellungszahlen bei Beamtendelikten sind nicht signifikant höher als bei anderen, da insgesamt

70 Prozent aller Verfahren eingestellt werden. Die Einführung sogenannter Blauhelme wäre die Bankrotterklärung für das Vertrauen in unseren Rechtsstaat.“ DRB-Präsidiumsmitglied Sigrid Hegmann forderte die Politik auf, den Trend zum Misstrauen in den Rechtsstaat nicht zu unterstützen.

Eine Gefahr für den Rechtsstaat sehen die Richter und Staatsanwälte von ganz anderer Seite drohen. „Die Justiz gewährleistet den verfassungsrechtlich garantierten Rechtsgewährungsanspruch des Bürgers und darf ihre Aufgaben nicht nach Kassenlage wahrnehmen. Bund und Länder haben gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass

eine bürgernahe Justiz die Gerichtsverfahren im Interesse der Rechtsuchenden und des Rechtsfriedens in angemessener Zeit bewältigen kann. Denn die gesellschaftspolitischen Folgeschäden einer nur noch eingeschränkt arbeitsfähigen Justiz wären beträchtlich“, warnen sie in einem „Zehn-Punkte-Papier zur Stärkung des Rechtsstaates“. Darin plädieren sie unter anderem für die Abschaffung des politischen Weisungsrechts gegenüber Staatsanwälten, effizientere Richtervorbehalte, die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung und ein effizienteres Beweisantragsrecht. **hol**

*(v. l.): GdP-Justiziar Sascha Braun, DRB-Vorsitzender Christoph Frank, Oberstaatsanwalt in Freiburg, GdP-Vorsitzender Oliver Malchow, stellvertretende DRB-Vorsitzende Andrea Titz, Richterin am Oberlandesgericht in München, die DRB-Präsidiumsmitglieder Sigrid Hegmann, Bundesanwältin beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe, Dr. Peter Schneiderhan, Oberstaatsanwalt in Stuttgart und DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn.*  
**Foto: Holecsek**



## Kompetente Gesprächspartnerin: Polizistin kümmert sich bei den Grünen um die Innen- und Sicherheitspolitik

Bei seinen Gesprächen mit den Fraktionen des neu konstituierten Bundestages traf GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow auf eine Kollegin, dort, wo er es am wenigsten vermutet hätte: bei Bündnis 90/Die Grünen. Irene Mihalic wurde am 22. September erstmals in den Deutschen Bundestag

und ihre Autorität weiter in Frage gestellt wird. Zunehmende gewaltsame Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte können die Folge sein.“ Er verwies darauf, dass die Polizei damit dem gemeinsamen Ziel der Bürgernähe entfremdet wird. Malchow: „Bürgernähe wird durch Missachtung

ausschusses nach verstärkter Vermittlung von „interkultureller Kompetenz“ stellte Malchow die Frage, was das angesichts von 190 Nationalitäten, die in Deutschland vertreten sind, konkret bedeuten solle. „Todesermittler wollen die Täterschaft aufklären, sie müssen jedem Hinweis und jeder Spur nachgehen. Dass bewusst Hinweise missachtet und Spuren übersehen worden sind, erschließt sich mir nicht.“

In der Aufklärung der NSU-Mordserie gebe es hingegen offene Fragen, die sich aus jüngst ergangenen Hinweisen stellten, so Malchow. „Wer und warum gibt Anweisungen, einen geplanten Zugriff abzublasen? Wer hat Anweisung erteilt, bei einer bestimmten Ermittlung die Bremse einzulegen? Welche Rolle spielten der Thüringer Verfassungsschutz, das Thüringer Landeskriminalamt, das Thüringer Innenministerium? Gab es politische Weisungen? Darüber gibt weder der Untersuchungsbericht eine schlüssige Auskunft, noch der bisherige Verlauf des NSU-Prozesses. Wir fragen uns: Wer ermittelt da überhaupt und an welcher Stelle weiter? Antworten auf diese Fragen sind zielführender als die pauschale Verurteilung der Polizei.“

In Irene Mihalic fand die GdP eine sachkundige Gesprächspartnerin und versicherte, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. **hol**



(v. l.): Irene Mihalic (MdB), Bündnis 90/Die Grünen, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und GdP-Justiziar Sascha Braun. Foto: Holecek

gewählt. Die Polizeibeamtin aus Gelsenkirchen will sich in den kommenden vier Jahren vorwiegend im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik engagieren.

Schlussfolgerungen aus dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses und Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten waren die dominierenden Themen des Meinungsaustauschs. Die Untersuchungen des NSU-Ausschusses hätten gezeigt, so Mihalic, dass viele Fehl- und Nichtermittlungen mit rassistischen Vorurteilen im Zusammenhang gestanden hätten. Dieses analytische Versagen der Ermittlungsbehörden müsse Konsequenzen haben. Dem widersprach GdP-Chef Malchow, der die Schlussfolgerungen des Untersuchungsausschusses in diesem Punkt als eher oberflächlich bezeichnete. Er wies den dort erhobenen Vorwurf zurück, es gäbe in der Polizei einen strukturellen Rassismus, der unter anderem mit der Vermittlung „interkultureller Kompetenz“ zu heilen wäre. Malchow: „Damit wird die gesamte Polizei in eine Ecke gestellt, in die sie nicht hineingehört. Das wiederum führt dazu, dass das Misstrauen in die Polizei größer

gewaltsame Übergriffe zerstört, weil die Notwendigkeit zur verstärkten Eigensicherung nicht Nähe, sondern Distanz schafft.“ Dem Vorwurf des „strukturellen Rassismus“ könne auch sie nicht beipflichten, so die Abgeordnete. Allerdings seien gruppenbezogene Vorurteilsstrukturen unübersehbar. Irene Mihalic: „Wir müssen der Frage nachgehen, wie man Ermittlungsfehlern entgegenwirken und das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückgewinnen kann.“

Zur Forderung des Untersuchungs-

## Verbesserungen für die Bundespolizei nicht im Koalitionsvertrag, aber auch nicht vom Tisch

**Stellenhebungen im Vollzugs- und Tarifbereich, dezentrale Einstellung, Wohnungsfürsorge in Ballungsräumen, die Verbesserung von Einsatzmitteln und der Schutz von Polizistinnen und Polizisten bei gewalttätigen Übergriffen, waren nur ein Teil der Themen, die der GdP-Bundesvorstand und der Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei unverzüglich nach der Wahl der neuen Bundesregierung mit dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Hartmann (MdB) in Berlin erörterten.**

Hartmann versicherte, dass die in der Arbeitsgruppe Inneres und Justiz bei den Koalitionsverhandlungen angesprochenen Themen der Bundespolizei nicht unter den Tisch gefallen

sein, auch wenn sie nicht Gegenstand des Koalitionsvertrages geworden sind. Hartmann: „Die Endfassung des Koalitionsvertrages sollte nicht allzu detailliert ausfallen, zumal die Behand-





(v. l.): Josef Scheuring, Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei; GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender; Martin Schilff, Schriftführer im Vorstand des Bezirks Bundespolizei; Michael Hartmann (MdB), innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; Büroleiterin Henrike Hofmann und Stefan Uecker, Referent der Arbeitsgruppe Innerer der SPD-Bundestagsfraktion.  
Foto: Holeczek

lung von bundespolizeilichen Themen auch eine eingehende Befassung mit anderen Bundesbehörden erforderlich gemacht hätte. Damit wäre der ohnehin sehr umfangreiche Koalitionsvertrag zu kleinteilig ausgefallen.“ Es bestehe aber insbesondere Konsens, so Hartmann, dass der schwierigen Wohnraumsituation für Bundespolizeibeschäftigte bei Dienststellen in

Ballungsgebieten begegnet werden sollte, zum Beispiel durch das zur Verfügung stellen von preisgünstigem Wohnraum, und dass die ebenfalls vom GdP-Bezirk Bundespolizei geforderte dezentrale Einstellungspraxis ermöglicht werden müsse. Hartmann: „Das ist eine gute Basis für kommende Verhandlungen, nachdem sich im Januar die Ausschüsse konstituiert haben.

Alle Innenpolitiker stehen hinter der Bundespolizei.“ Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Vize-Chef des GdP-Bezirks Bundespolizei, Jörg Radek: „Die über 40.000 Beschäftigten der Bundespolizei erwarten, dass das, was im Entwurf stand, jetzt verbindlich gemacht wird.“

hol

## TARIFPOLITIK

### Stand der Verhandlungen zur Entgeltordnung VKA

**Seit 1. Januar 2012 ist die Entgeltordnung (EGO) für die Länder in Kraft und seit Jahresbeginn gibt es nun auch eine Entgeltordnung für den Bund. Bei den Kommunen ist es bisher leider zu keinem Abschluss gekommen. Doch jetzt kommt Bewegung in die Verhandlungen.**

Einen deutlichen Fortschritt hat es am 21. Oktober 2013 gegeben. Die Gewerkschaftsseite einigte sich auf ein „gemeinsames“ Papier zum Verhandlungsstand einer EGO TVöD für die Kommunen. Es wurden Grundlagen für die Verhandlungen festgelegt.

Wie bei den Entgeltordnungen der Länder und des Bundes sollen die Paragraphen 12, 13 TVöD inhaltlich den Paragraphen 22, 23 BAT entsprechen, das heißt die dort enthaltenen Grundsätze wie die Tarifautomatik oder Arbeitsvorgang bleiben erhalten.

Weiterhin soll es bei den „sonstigen Beschäftigten“ bleiben.

Die Verhandlungen über entsprechende Tätigkeitsmerkmale haben im Dezember 2013 begonnen. Auch hier soll eine Streichung von veralteten Tätigkeitsmerkmalen vorgenommen werden. Des Weiteren sollen bisherige Tätigkeitsmerkmale redaktionell überarbeitet, aber auch komplett neue bestimmt werden. Wie bei den anderen Entgeltordnungen sollen auch hier die Allgemeinen Tätigkeitsmerkmale auf den 1. Fallgruppen des Allgemeinen Teils der Vergütungsordnung des BAT

beruhen. Auch soll es zu einer Entzerrung der Entgeltgruppe 9 kommen.

Gliedern soll sich die EGO in einen Allgemeinen Teil und in spartenbezogene Teile. Das Verhältnis der Teile zueinander soll wie bisher gehandhabt werden – Spezialitätsgrundsatz etc.

Hinsichtlich der Einführung der EGO soll auch hier von einer generellen Überprüfung der Eingruppierung abgesehen werden und nur auf Antrag eine unter Umständen bestehende Höhergruppierung aufgrund der neuen EGO vorgenommen werden. Entsprechend der EGO des Bundes sollen künftige Höhergruppierungen, die nicht aufgrund der Einführung der EGO erfolgen, für die Entgeltgruppen 2 bis 14 stufengleich vollzogen werden.

M. Omari



# Senioren starten in das Bundeskongressjahr

Rund ein Dreivierteljahr vor Beginn des 25. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) stehen die ersten wichtigen Etappen im Gewerkschaftsleben auf dem Weg nach Berlin im Herbst an. Derzeit wird der Versand der Unterlagen für die ersten Personengruppenkonferenzen vorbereitet. Die Bundes-seniorenkonferenz findet am 10. bis 11. März statt und die Bundesfrauenkonferenz am 17. bis 18. März. Die Ge-

werkschaftsmitglieder beider Gremien finden sich zu ihren Beratungen in der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam ein.

Ein weiterer Termin ist der für den 31. März festgelegte Redaktionschluss für den Kongress-Geschäftsbericht. Alle Bereiche innerhalb der GdP sind von der Bundesgeschäftsstelle und dem Vorstand aufgerufen, entsprechend zuzuarbeiten und die wichtigsten Ereignisse der vergange-

nen vier Jahre zu dokumentieren. Der Versand des Geschäftsbericht erfolgt in diesem Jahr per USB-Stick zusammen mit den Kongressunterlagen an die Delegierten und weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer der GdP-Bundeskongresses unter dem Motto „LEBEN in Sicherheit“ vom 10. bis 12. November im Estrel-Hotel. Außerdem wird der Geschäftsbericht in Internet zur Verfügung gestellt.

Red.



## Schuldpruch wegen Angriffs auf Polizisten rechtskräftig

Seit Mitte Januar wird neu verhandelt: Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte die Verurteilung eines 26-jährigen türkischen Staatsangehörigen wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Körperverletzung in drei Fällen durch das Landgericht Bonn im Schuldpruch bestätigt, die Freiheitsstrafe von sechs Jahren jedoch aufgehoben. In dem Fall ging es um eine Demonstration gegen eine Kundgebung der Partei Pro NRW am 5. Mai 2012 in Bonn-Lannesdorf. Bei der Kundgebung wurden demonstra-

tiv sogenannte Mohamed-Karikaturen des dänischen Zeichners Kurt Westergaard gezeigt.

Eine größere Gruppe gewaltbereiter und bewaffneter Gegendemonstranten, darunter der Angeklagte, versuchte, die beide Seiten trennenden Polizeiabsperrungen zu durchbrechen und warf auch Steine. Die Polizei rückte daraufhin vor, drängte die gewalttätige Gruppe zurück und räumte die Straßenkreuzung. Dem 26-Jährigen gelang es, in den Rücken der Polizeikette zu gelangen, wo auch weitere Demonstranten die Polizisten angriffen. Der Angeklagte zog ein Messer und griff nacheinander drei Beamte an, indem er in den Bereich ihrer ungeschützten Oberschenkel stach.

Der 2. Strafsenat des BGH kam zu der Einschätzung, dass die Angriffs-

handlungen des Angeklagten im Rücken der Polizeikette noch als Teil der von der Menschenmenge ausgehenden Gewalttätigkeiten anzusehen waren. Den Strafausspruch hob der Senat auf, weil das Landgericht bei der Bemessung der Strafhöhe unter anderem zulasten des Angeklagten berücksichtigt hat, dass sich sein Angriff gegen „Repräsentanten des Staates“ richtete, die dazu „keinerlei Anlass“ gegeben hatten. Diese Erwägung lasse besorgen, dass das Gericht rechtfertigerhaft das bloße Fehlen eines Strafmilderungsgrunds strafschärfend gewertet und gegen das Doppelverwertungsverbot (Paragraf 46 Abs. 3 StGB) verstoßen habe. **(Urteil vom 9. Oktober 2013 – 2 StR 119/13 ; LG Bonn – Urteil vom 19. Oktober 2012 – 23 KLS 555 Js 199/12) BGH-Pressestelle/Red.**

## forum

### LESERMEINUNG

Fortsetzung von Seite 3

als Grund den jahrelangen „Kuschelkurs“. Wie jedes Kind und jeder Welpel lernt auch das Gegenüber, was es sich erlauben kann und was nicht. Das Gegenüber kann sich fast alles straflos erlauben. Das haben wir ihm beigebracht. Traurig, dass nur eine Kollegin mit Migrationshintergrund überhaupt ihre Gedanken äußern kann, jemand ohne diesen Hintergrund dürfte sich das ja gar nicht trauen. Einige Kollegen in meinem Bekanntenkreis haben aufgrund der Umstände und des

nicht nur mangelnden Rückhaltes der Justiz (viele Anzeigen wegen Beleidigung werden eingestellt, da ein Polizeibeamter bei seiner Berufswahl ja schließlich wisse und damit in Kauf nehme, dass er oft beleidigt würde), sondern auch aufgrund des Gegenwindes durch vom „Gegenüber“ selbst bei Kleinigkeiten mobilisierten ausländischen Zeitungen, Konsulaten und Interessenvertretungen die Einstellung entwickelt, es sei besser, die Störer mit Migrationshintergrund besser einfach

machen zu lassen – denn sobald derjenige die „Ausländerfeindlich“-Karte ziehe, habe man mehr Ärger, als man verkraften kann und will.

All diese Gedanken mache ich mir fast täglich, denn fast täglich gibt es die von der Kollegin so trefflich beschriebenen Konflikte und dabei die Frage: Was ist nur los mit diesem Land? Daher auch von mir: Vielen Dank an Kollegin Kambouri, die ausspricht, was wir anderen nicht aussprechen können. Und nun zu meinem Gedanken, der



mich lange abhielt, mir die Mühe zu machen, eine Antwort zu verfassen: Ich befürchte wie so oft, dass nun, vielleicht sogar noch ein paar Wochen mehr, über dieses Thema gesprochen wird – aber nur in Polizeikreisen! Die Leser von DEUTSCHE POLIZEI sind vermutlich alle Polizisten oder Angehörige. Nach außen dringt hiervon nichts und in ein paar Wochen wird das Thema leise eingeschlafen sein!

Habe ich die Hoffnung, dieses Thema wird mal in die Öffentlichkeit getragen, Täter künftig härter – wenn überhaupt – bestraft (obwohl der Anwalt anführt, der Angeklagte habe ja eine schwierige Kindheit und beginne außerdem gerade nächste Woche eine Ausbildung – meist beim „Onkel“)? NEIN! Es wird weiter beleidigt, gespuckt und geschlagen werden, Anzeigen dagegen werden eingestellt und das männliche, junge Gegenüber wird weiterhin „Respekt“ verlangen, ohne selbst welchen zu zeigen und es wird sich NICHTS ändern! Aber das wussten wir ja bei unserer Berufswahl, deshalb ist es wohl in Ordnung, oder?

**Name der Redaktion bekannt,  
per E-Mail**



Herzlichen Dank an die Kollegin! Es ist gut, dass endlich mal jemand ausgesprochen hat, was eigentlich 99 Prozent der Kollegen denken. Ich versehe seit 1994 meinen Dienst in der PI Mitte in Hannover. Ich bin in 16 Jahren Streifendienst unzählige Male im Dienst verletzt worden. Und dies überwiegend bei Widerstandshandlungen. Der Grund war genau der angesprochene, meist Bürger mit Migrationshintergrund.

Absolute Respektlosigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund! Man lässt sich von der Polizei nichts sagen. Und noch schlimmer, wenn da auch noch eine Frau in Uniform steht und etwas von ihm will.

Wann hört das endlich mal auf? Wann wird in der Politik endlich etwas getan? Im Ausländergesetz/Asylbewerbergesetz steht, dass abgeschoben werden kann, wenn jemand straffällig wird. Warum verdammt nochmal, wird dies nicht öfter durchgeführt. Wenn jemand in dieses Land kommt und die Vorzüge des Sozialsystems genießt, dann hat er sich auch verdammt nochmal an Recht und Gesetz zu halten.

Aber nein, der Bürger kann unter dem Denkmantel des Abschiebestopps hier tun und lassen, was er will.

Es gibt eine Vielzahl von Flüchtlingen oder Einwanderern, die sich an Recht und Gesetz halten. Auf diese fällt das Verhalten dieser Straftäter immer wieder zurück. Ich habe viele Freunde mit Migrationshintergrund. Selbst die schimpfen über ihre „Landsleute“ und fragen mich immer wieder, warum diese nicht abgeschoben werden.

Vor 3 Jahren bin ich nach 16 Jahren im Schichtdienst vom Streifendienst ins Büro gewechselt. Es war einfach nicht mehr auszuhalten auf der Straße. Es verging fast kein Tag, an dem man nicht beleidigt, angespuckt oder körperlich attackiert wurde. In so mancher Nacht am Steintor habe ich alte Frauen oder Männer gesehen, die die Mülltonnen nach Pfandflaschen durchsuchten. Eine Frau, sie war 75 Jahre alt, hat ihr Leben lang gearbeitet, war gezwungen in den Tonnen zu wühlen, um etwas zu essen bezahlen zu können.

Ein anderer Mann war fast 80 Jahre alt. Er lebte allein und konnte noch bis vor wenigen Jahren in der Körnerstraße im dortigen Hotel kostenlos ins Schwimmbad. In seiner Jugend war er Schwimmer und sogar in der damaligen Nationalmannschaft. Irgendwann hat man das Bad geschlossen und er hatte nichts mehr. Den Beitrag oder Eintrittspreis für ein anderes Schwimmbad konnte er sich nicht leisten. Mitte des Monats war die Rente aufgebraucht und er ging jeden Morgen um die Ecke in ein Geschäft, wo er kostenlos ein belegtes Brötchen und einen Kaffee bekam, anschließend zur Apotheke, um seinen Blutdruck messen zu lassen. Mehr hat er den ganzen Tag nicht zu essen gehabt.

Eines Tages wurden wir zu dem Geschäft gerufen. Die Beschäftigte sagte, dass der alte Mann eben bei ihr gewesen wäre. Er hatte kleine Verletzungen an der Stirn. Sie fragte, was passiert sei. Er sagte, er wollte sich mit der Bohrmaschine umbringen. Mein Kollege und ich schauten uns an und dachten erst an einen Scherz. In dem Moment kam der Mann aus der Stadt zurück. Wir gingen mit ihm in seine Wohnung. Und tatsächlich, im Flur lag eine Schlagbohrmaschine mit Blutanhaftungen. Der Mann sagte, er habe keinen Strom und nichts zu essen mehr. Die Rente sei immer zur Monatsmitte aufgebraucht. Er habe sein

Leben lang gearbeitet, aber es reicht einfach nicht. Ich fragte ihn, wo er die Bohrmaschine betrieben habe. Er sagte, mit dem Kellerstrom. Im Keller fanden wir noch weiteres Blut.

Der Mann sagte, er habe versucht, sich in den Kopf zu bohren, weil er nicht mehr so weiterleben wollte. Er würde von niemandem Hilfe erhalten. Ich sah rings um seinen Kopf unzählige kreisrunde Wunden mit angetrocknetem Blut. Er erzählte, als das mit dem Kopf nicht klappte, versuchte er, sich die Pulsadern aufzubohren. Ich schaute mir die Handgelenke an und sah tiefe Verletzungen. Wir nahmen den Mann erst einmal mit zur Wache, weil er nicht ins Krankenhaus wollte. Wir gaben ihm etwas zu essen und einen Kaffee. Außerdem holten wir einen RTW. Er wurde nach Zureden im Krankenhaus untersucht. Es war nur ganz knapp und er hätte sich sämtliche Nerven in den Händen zerstört. Inzwischen hat es der Mann für sich „geschafft“ und ist verstorben. Er hatte absolut keinen Willen mehr zum Leben. Ich finde es beschämend, dass ein Mann, der dieses Land mit aufgebaut hat, am Hungertuch nagen muss und andere, die hier eine Straftat nach der anderen begehen, Zucker in den A... geblasen kriegen. Noch bevor sie einen Fuß auf deutschen Boden gesetzt haben, wissen sie, wo und wie sie an sämtliche Sozialleistungen kommen. Man schaue nur mal in Regionen, wo vorzugsweise Rumänen oder Bulgaren mit Sack und Pack einreisen und ein Gewerbe anmelden. Dabei wird sehr gern Bügeln genommen. Nach drei Monaten wird dann zum Amt geflitzt und gesagt, leider wird es nix, wir wollen nun Unterstützung und Kindergeld für jede Menge Kinder, wobei bezweifelt werden darf, dass die alle von einer Familie sind. Und was passiert, selbstverständlich gibt's sämtliche Leistungen! Wann wird dem endlich ein Riegel vorgeschoben?

So könnte man unentwegt weiter schreiben, leider! Bevor ich Frustpickel bekomme, höre ich lieber auf. Und vor allem besteht durchaus die Gefahr, dass dies noch schlimmer wird!

**Anett Hermann, per E-Mail**



Die von der Kollegin beklagte „alte Leier mit den Nazis“ kommt zurecht, wenn Meinungsäußerung auf solch polemische Art und Weise (Zitat: „(...)“)



Auf Grund der schrecklichen Kriegsverbrechen ist das Land vorbelastet. Das ist jedoch kein Grund, den straffälligen Ausländern hier in Deutschland alle Freiheiten zu lassen.“) verbreitet wird. Ich finde den Bericht der Kollegin Kambouri und Leserbriefe einiger Anderer nicht so gut, wie anscheinend viele Kollegen sie fanden. Es wäre mir neu, dass straffälligen Ausländern hier in Deutschland alle Freiheiten belassen werden.

Klar gibt es diese ganzen Missstände. Das braucht keiner in Abrede zu stellen, ich selbst habe es jahrelang im Streifendienst in Hannovers Mitte erlebt. Aber „leave it or love it“?, wie die Kollegin eine australische Devise dem Kontext ihres Leserbriefes nach, beistimmend zitiert ... Wenn wir hier schon die Regeln hochhalten wollen, an die sich die Migranten zu halten haben, dann müssen wir auch klären, wer diese Regeln aufstellt. Das ist immer noch die legitime Volksvertretung im Bundestag oder in den Länderparlamenten. Und diese Mehrheitsvertreter finden unsere momentanen Regeln gut. Das heißt auch den Rahmen der Sanktionen, der vielen meiner Kollegen anscheinend nicht ausreicht. Aber wir Polizisten sind nun mal nicht maßgeblich, um hier den Rahmen für härtere Strafen zu gestalten. Und „leave it or love it“? Viele der hier beklagten Migranten sind mittlerweile Deutsche. Wohin also soll man sie abschieben? Sie sind ein krimineller, a-sozialer Teil unserer Gesellschaft. Auch das muss eine Demokratie aushalten. Und „leave it or love it“? Das könnte ja einer böswilligen Meinung nach betrachtet auch für die Berufs- oder Dienststellenwahl unseren Kollegen zu gelten haben, die sich unter dem Dienst etwas anderes vorgestellt haben.

Ich wünsche mir keine Gesellschaft, wo der Bürger Angst oder besonderen Respekt haben muss, nur weil ein Uniformierter um die Ecke kommt, wie es anscheinend der integrierte Marokkaner gut findet. Dass der Kollege aus NRW die Meinung des Marokkaners extra erwähnt, lässt den Anschein im Raum stehen, dass er das genauso sieht.

Ich trete gerade jeden Tag meinen Dienst an, damit der Bürger in Freiheit und Sicherheit sich auch gegen den Staat auflehnen kann, solange das friedlich bleibt. Auch das will ich gewährleisten. Und wenn der Bürger nicht friedlich bleibt, dann gibt es den Rechtsweg.

Wenn ich im Dienst beleidigt wurde, fertigte ich eine Strafanzeige wegen Beleidigung. Wurde ich geschlagen, gab es eine Anzeige wegen Körperverletzung. Wenn Zwang angewendet werden musste, tat ich das auch, besser war es natürlich, wenn es uns gelang, präventiv im Gespräch eine Tätlichkeit zu verhindern. Den Rest regelten die Gerichte. Wem das nicht genügt, hat den falschen Beruf gewählt.

Wer heute eine Ausbildung bei der Polizei macht, dem kann man abverlangen, dass er sich außerhalb der Fernsehserien über den tatsächlichen Dienst informiert. Dafür gibt es eine Menge Angebote. In Problemvierteln ist es eben anders als bei den Hochglanz-CSI-Serien. Die Politik, die Justiz und letztlich auch unsere Dienststellenleiter fordern von uns eine höhere Toleranzschwelle sowie ein dickeres Fell gegenüber Anfeindungen. Wer empfindlich reagiert und den Stress zu oft mit nach Hause nimmt, ist in seiner Gesundheit gefährdet und sollte sich dringend mit seinen Vorgesetzten besprechen, ob nicht ein weniger stressiger Dienstposten, außerhalb der Brennpunkte das Richtige ist.

Das sollten wir beherzigen. Die Anzahl der wenig integrierten Problemfälle wird nämlich steigen in unserem Land. Nicht härtere Sanktionen werden da der richtige Ratgeber sein (siehe zum Beispiel USA), sondern zum einen die Prävention. Die kostet jedoch Geld und Engagement. Sind wir bereit für das Ausgeben von mehr Steuermitteln in diesem Bereich und das zivile Bemühen in unserem Umfeld beispielsweise durch Ehrenämter wie Nachhilfeunterricht für Ausländerkinder? Das sollte jeder Kollege, der auch Bürger ist, für sich selbst beantworten ... Zum Anderen benötigen wir eine bessere Ausbildung an den Polizeiakademien sowie eine bessere fortlaufende Weiterbildung auf den Dienststellen.

Insbesondere hat es den Anschein – geäußerte Ressentiments in den Leserbriefen lassen das erkennen –, dass vielen Kollegen die politischen Zusammenhänge nicht klar sind, auf Grund derer diese „schlimmen Migranten“ so schlimm sind. Aber auch da gehört Ehrlichkeit und Eigeninitiative dazu. Im Ergebnis könnte man mit mehr Wissen weniger frustriert seinen Dienst verrichten oder den ein oder anderen Einsatz anders gestalten.

Und zuletzt möchte ich noch erwähnen, dass kein Bürger sich seine Beam-

ten in unserem Land aussuchen kann. Wenn zwei Kolleginnen vor Ort nicht erwünscht sind, jedoch auf Grund eines Notrufs eine Straftat im Raume steht, dann haben die Kolleginnen hier trotzdem zu ermitteln. Ein beleidigtes Wegfahren, wie es die Kollegin in ihrem Leserbrief darstellte, könnte im schlimmsten Fall eine Strafvereitelung sein. Genau das ist doch das Verhalten, was sich diese sogenannte Parallelgesellschaft von der Polizei wünscht. Das können und dürfen wir nicht zulassen.

**Gültekin Watterott, Hannover**



Kollegin Kambouri gab an, dass mit dem Hinweis auf ihrem persönlichen Schutz, nach Absprache mit der Behörde, auf eine öffentliche Publizierung verzichtet wurde. Ihr Name kann für die breite Masse unter Verschluss gehalten werden. Der Sinn der Äußerungen würde nicht verfälscht, wenn man anstatt ihren Namen zu nennen von einer Polizeikommissarin mit ausländischen Wurzeln o.ä. sprechen würde.

Hier entsteht viel mehr der Eindruck, dass eine Veröffentlichung nicht gewünscht ist, da der Bericht sich gegen einen geringen Teil von ausländischen Menschen richtet. Berichte gegen ausländische oder linksextreme Menschen sind in Deutschland nicht politisch korrekt und werden somit von der Politik und in der Regel auch von den Medien verhindert oder schön geredet, wo es nur geht (siehe zum Beispiel Ausschreitungen bezüglich der „Roten Flora“ in Hamburg).

Es ist offensichtlich, dass ein erheblicher Teil der auf der Straße Dienst versehenen Polizisten die Aussagen der Kollegin bestätigen. Es handelt sich entsprechend nicht um ein geringes, regionales, sondern um ein bundesweites Problem. Wird dieses der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben, so werden die politischen Kräfte auch keinen Anlass zum Handeln sehen, entsprechend wird keine Besserung eintreten.

Die GdP hat mit dem Abdruck dieses Briefes in DEUTSCHE POLIZEI einen ersten Schritt getan. Nun wäre es wichtig und richtig, sich nicht der Politik und den Medien zu beugen und diese Fakten auch nach außen zu tragen.

**Tobias Wilbers,  
Polizeipräsident Münster**





## Auf ein Wort

**D**as neue Jahr, gepflastert mit guten Wünschen, ist schon wieder einen Monat alt. Anfang März steht bereits die Bundesseniorenkonferenz an. Ein Rückblick, was wollten wir erreichen? Eine Bilanz, was haben wir erreicht? Ein Ausblick, wohin soll die Reise gehen? Die Konferenz stellt die Weichen für vier Jahre Engagement im Ehrenamt für die aus dem Berufsleben Ausgeschiedenen, für die, die drin geblieben sind, in ihrer Gewerkschaft. Das Seniorenengagement hat Auswirkungen auf die gesamte GdP.

2010 hatte die Konferenz das Motto „Senioren übernehmen Verantwortung“. Das war der Leitgedanke, das Leitmotiv. An der Verwirklichung haben sich viele beteiligt. Verantwortung übernehmen als Forderung formuliert, sollte und soll mit Leben gefüllt werden. Dazu müssen Voraussetzungen geschaffen werden. Eine Arbeitsgruppe hat die „Seniorenpolitischen Eckpunkte“ formuliert. Darin ist festgeschrieben, was die Grundlagen unseres Handelns sind.



Anton Wiemers

Eine weitere Arbeitsgruppe hat sich mit dem Grundsatzprogramm befasst. Die Forderung: Es soll kurz gefasst sein. Die Senioren, derzeit 20 Prozent GdP-Anteil mit steigender Tendenz, sollten sich darin angemessen wiederfinden, mit mehr als nur drei Sätzen. Das ist von uns formuliert worden. Kernsatz: Seniorenarbeit ist Politik für alle. Der Wandel der Altersstruktur soll sich in den Zielen, den Angeboten und der Arbeit unserer GdP widerspiegeln und Würdigung finden. Nun bleibt abzuwarten, ob der Bundeskongress im November den Vorstellungen der Senioren folgt und ihre Bedeutung für

die Zukunft unserer GdP erkennt und anerkennt.

Eine andere Arbeitsgruppe hat das APS-Programm fortgeschrieben. 2001 in Berlin auf der 4. Landesseniorenkonferenz von Berliner Senioren beantragt, wurde es 2002 von der Bundesseniorenkonferenz beschlossen und 2003 umgesetzt. Nun soll es nach zehn Jahren praktischer Anwendung zum zweiten Mal aktualisiert werden.

Dieses Programm war und ist ein wesentlicher Baustein für die Betreuung der nicht mehr im Berufsleben stehenden Mitglieder. Jetzt gilt es, das Programm auch so zu gestalten, dass klar wird: Dieses Programm ist nicht nur für Senioren! Es soll die Klammer sein für den Übergang und das dritte Drittel. Vieles ist und kann schon jetzt für die im Berufsleben Stehenden nützlich sein und ihnen helfen, sie vor Schaden zu bewahren.

Als weiterer Meilenstein auf dem Weg in die Zukunft hat der Bundesvorstand dankenswerterweise dem Antrag des Bundesseniorenvorstandes zugestimmt, analog der Frauengruppe den Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand zukunftsorientiert mit fünf Köpfen auszustatten. Die vor uns liegenden Aufgaben sind vielfältig. Sie müssen auf mehrere Schultern verteilt werden. Allein die Aufgaben des Bundesseniorenvorsitzenden sind ehrlicher Weise nur im Ehrenamt nicht mehr zu bewältigen.

Was wir nicht erreicht haben: Übereinstimmung in der Sache. Es scheint einen begrenzten Generationenkonflikt zu geben. Zehn Jahre, in diesem unserem Alter, scheinen eine ganze Generation zu bedeuten, mit scheinbaren Gräben. Jung im Geist ist nicht unbedingt eine Altersfrage. Hier sind Kommunikation, Transparenz, Redlichkeit, Ehrlichkeit und Wohlwollen als Grundhaltung gefordert. Im Einzelfall ist Demut die richtige Position, um Brücken bauen zu können, im Interesse der Sache. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Wenn Seniorengruppen nicht abgehängt werden wollen, müssen sie sich einig sein in der Sache und mit einer Zunge sprechen. Im DGB wird es nach den wahrgenommenen Signalen in überschaubarer Zeit keine Mitbestimmung für Senioren geben, wenn die „Großen Zwei“, IG Metall und ver.di, keinen Bedarf sehen. In diesen beiden Gewerkschaften stellen die Senioren immer wieder Mitbestimmungsforderungen. Leider folgen die Führungsverantwortlichen dem in beiden Gewerkschaften bisher nicht. Allerdings glauben wir gelegentlich, ein zartes Pflänzchen zu Gunsten der Senioren zu erkennen. Es ist nach unserer Überzeugung im Interesse der Gesamtorganisation, mit den aktiven Seniorinnen und Senioren das Volumen der Mitgliedschaften zu erhöhen und damit auch ein deutlicheres Gewicht auf die Waagschale der politischen Auseinandersetzung zu legen. Es gilt: Gemeinsam sind wir stark!

**W**ir in der Seniorengruppe sind gut beraten, unser Engagement auf unsere Organisation zu konzentrieren. Wir haben genug Baustellen. Wenn es uns gelingt, wie in vielen Landesbezirken und Bezirken bereits selbstverständlich, Mitbestimmung in eigenen Reihen als Lebenswirklichkeit zu manifestieren, wenn Seniorenengagement in der Alltagsorganisation als wünschenswerte Selbstverständlichkeit bei allen gelebt wird, dann sind wir nicht nur Vorreiter, dann können wir eventuell für Seniorengruppen in anderen Gewerkschaften Vorbild sein. Mitbestimmung ist die tägliche Auseinandersetzung in der Demokratie. Darum lohnt sich der Einsatz. Täglich. Gemeinsam.

In diesem Sinne wünscht der Bundesseniorenvorstand ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2014.

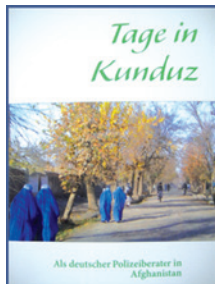
**Anton Wiemers,**  
Bundesseniorenvorsitzender





## Tage in Kunduz

Nach 44 Jahren im Dienst der Landespolizei Niedersachsen und verschiedenen Polizeifunktionen bei Auslandsmissionen, so in Bosnien-Herzegowina, Albanien oder im Kosovo, sind dem Autor vor allem die Erlebnisse in Afghanistan nachhaltig in Erinnerung geblieben. Dies war der Anlass für ihn, sich diesem Thema näher zuzuwenden – insbesondere auch unter dem Eindruck der vielfältigen und tiefen Eindrücke anderer Auslandsaufenthalte.



Der Polizist beschreibt in dem Buch unter anderem die ersten Schritte beim Aufbau der Polizei Afghanistans, das Leben im Nordosten des Landes, Begegnungen mit Einheimischen und internationalen Helfern, erinnert an Anschläge, Tote, Verletzte und hinter-

fragt die Sicherheitslage in den Jahren 2004/2005. Zudem beschäftigt er sich vergleichend mit seinen Erfahrungen aus anderen Auslandseinsätzen. Das Buch ist 2013 erschienen.

**Tage in Kunduz – Als deutscher Polizeiberater in Afghanistan, Werner Böhmert, Books on Demand, 156 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 978-3-7322-3100-3**

## TVG – Tarifvertragsgesetz

Das Tarifvertragsgesetz hat es in sich. Die praktische Umsetzung stößt ohne wissenschaftliche Einordnung schnell an ihre Grenzen. Genau hier setzt der eingeführte Kommentar zum TVG an.

Der Kommentar für die Praxis erläutert das gesamte Tarifvertragsgesetz wissenschaftlich fundiert und praxisnah. Alle Kommentierungen sind komplett überarbeitet und aktualisiert. Gesetze, Rechtsprechung und Literatur sind bis einschließlich Oktober 2013 berücksichtigt.

Neu hinzugekommen sind Aspekte des internationalen und des

europäischen Tarifrechts, zu Sanierungstarifverträgen und Unternehmensstrukturierungen sowie zum tarifdispositiven Arbeitsrecht und zur „Tarifeinheit“. Neu sind auch Erläuterungen zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz, zum MiArbG und zu §3a AÜG.



Der Kreis der Herausgeber und Autoren wurde um ausgewiesene Kenner der tarifrechtlichen und tarifpolitischen Materie erweitert. Weitere Angaben finden sich in den Informationen zu den Herausgebern.

**TVG – Tarifvertragsgesetz – Kommentar für die Praxis, Holger Brecht-Heitzmann, Otto Ernst Kempen, Jens M. Schubert, Achim Seifert, Bund-Verlag, Frankfurt 2014, 5. Auflage, 1.770 Seiten, geb., Subskriptionspreis bis 31.3.2014: 128 Euro, danach 148 Euro, ISBN 978-3-6157-8**



Nr. 2 • 63. Jahrgang 2014 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** www.gdp.de

### Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:

Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:**  
Marion Tetzner

**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin

**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117,  
Fax (030) 39 99 21 - 200

**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de

**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36  
vom 1. Januar 2014



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
178.403 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

### Titel

Foto:  
Malte Christians/dpa

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# STRAFRECHT STRAFVERFAHRENSRECHT ORDNUNGSWIDRIGKEITENRECHT

Ein Studienbuch für die Polizei

Von Wolfram Lübke



27. Auflage 2013  
680 Seiten, Broschur, Format DIN A5  
32,00 € [D]  
ISBN 978-3-8011-0718-5

Das Werk vermittelt ein solides Grundlagenverständnis und vertiefende Kenntnisse zur Problembewältigung, so wie sie an den Fachhochschulen und im praktischen Polizeidienst gefordert werden. Zahlreiche Urteile der OLG- und BGH-Rechtsprechung sind zur Vertiefung, Klarstellung und Lösung rechtsproblematischer Fragen eingearbeitet worden. Originalfälle des polizeilichen Alltags sichern den besonderen Praxisbezug.

Inhalt:

Strafrecht

- Allgemeiner Teil
- Besonderer Teil
- Exkurse Bürgerliches Recht

Strafverfahrensrecht

- Allgemeines
- Eingriffsrechte
- Exkurse Zivilprozess- und Polizeirecht

Ordnungswidrigkeitenrecht

- Allgemeiner Teil
- Verfahrensvorschriften und Eingriffsrechte
- Bußgeldtatbestände

Alle Themen sind grafisch erschlossen. Zu den klausurrelevanten Themen werden Falllösungen angeboten.



## DER AUTOR

**Wolfram Lübke**, EPHK a. D. und Verwaltungsdiplomihaber (VWA), trat bereits durch zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften hervor.



Wolfram Lübke

Im vorliegenden Titel brachte er seine Erfahrungen aus 15-jähriger Lehrtätigkeit im Polizeibereich, u. a. auch an der damaligen Höheren Landespolizeischule Münster und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Köln ein. Es folgten Tätigkeiten als Leiter des Bezirks- und Ermittlungsdienstes, Leiter Einsatz und Verwendung, Leiter FüSt, Leiter Polizeiwache bei der KPB Aachen.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH · Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)



# Perfektion für Ihren Einsatz!



## LED LENSER® T7.2

Mehr Leistung und beste Bedienbarkeit

- Neuberechnete Hochpräzise Reflektorlinse
- Neuer Druckschalter
- Neue Schutzbeschichtung (Frozen Black Coating)
- Advanced Focus System (AFS)

**ZWEIBRÜDER® OPTOELECTRONICS**